

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1870 bis 1948

Band 11

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Politische und wirtschaftliche Entmündigung Deutschlands

Band 11/122

Die "Stunde Null": Deutschland während der Nachkriegszeit, Teil 5

Die alliierte Befreiungsmission in Mittel- und Westdeutschland

Sieger und Verlierer des Zweiten Weltkrieges

Das Deutsche Reich, daß von den europäischen Großmächten Frankreich, England und der UdSSR nicht gestoppt werden konnte, wurde schließlich - wie im Ersten Weltkrieg - erst durch das Eingreifen der "Supermacht" USA vollständig besiegt.

Die US-Zeitung "Stars and Stripes" berichtete am 18. Mai 1945 (x111/24): >>Viele Jahre, vielleicht eine Generation, werden vergehen, bis die 70 Millionen Menschen im eroberten Deutschland wieder in der Lage sein werden, in der Weltpolitik mitzureden oder versuchen können, sich selbst zu regieren. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan berichtete am 19. Mai 1945 aus der US-Botschaft in Moskau (x116/35): >>Man kann getrost behaupten, daß kein anderer Personenkreis irgendwo auf der Welt sich der entscheidenden Wichtigkeit der Zeit nach dem Waffenstillstand, ihrer Möglichkeiten und Gefahren stärker bewußt ist als die Führer der Sowjetunion.

Selber Träger eines Regimes, das aus dem chaotischen Nachspiel des Ersten Weltkriegs erwuchs, sehen sie in aller Klarheit, daß es die jetzt während des auf die Militäraktionen folgenden allgemeinen Durcheinanders gezogenen Linien sind, die sich verfestigen und Bestand haben und das Gewicht der Zukunft bestimmen werden.

Die Entscheidungen der nächsten paar Wochen halten sie für wichtiger als selbst die Beschlüsse zukünftiger Friedenskonferenzen. Denn diese werden nach Auffassung der Sowjets wenig mehr ergeben als eine Bestätigung der Landmarken, die aufgestellt wurden als alles im Fluß war. ...<<

US-General Eisenhower erklärte während der Verleihung der Londoner Ehrenbürgerrechte am 12. Juni 1945 (x114/1.43): >>... Viele Wochen eingehender Studien in dem verfallenen Deutschen Reich haben in mir die Überzeugung reifen lassen, daß Deutschland nie wieder zu einem Zustand zurückkehren wird, den die Deutschen selbst als "normal" empfinden. Die Deutschen verstehen unter dem Begriff "normal" die Vorstellung, daß Deutschland imstande ist, mit jeder anderen hochzivilisierten und stark industrialisierten Nation der Welt konkurrieren zu können.

Dieses Ziel wird Deutschland, obgleich es heute Millionen Reichsangehörigen vorschwebt, nie wieder erreichen, das heißt, wenn die Anregungen befolgt werden, die von mir und meinem Stab ausgehen. Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind zweifellos entschlossen, es Deutschland für alle Zeiten unmöglich zu machen, wieder einen Krieg zu führen, und damit ergeben sich zwangsläufig Vorsichtsmaßregeln, die Deutschland aus der Reihe der großen Industriestaaten ausschalten.<<

Die Anglo-Amerikaner beendeten zwar Hitlers größtenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch Stalins Terrorregime und die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche. Infolge dieser von den westlichen Alliierten geförderten gewaltsamen Expansionspolitik stieg die UdSSR unaufhaltsam zur neuen Weltmacht auf.

Stalin, der kühle Rechner und verschlagene Verhandlungsexperte, war eindeutig der Sieger des Zweiten Weltkrieges. Stalin hatte frühzeitig erkannt, was die westlichen Alliierten erst noch mühsam lernen mußten und zunächst nicht einsehen wollten: "Wer Deutschland beherrschte, besaß auch den Schlüssel für Westeuropa".

Die Westmächte verloren bereits bei den Konferenzen in Teheran, Jalta und in Potsdam vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin. Nach der Potsdamer Konferenz verschlechterten sich die Beziehungen der Kriegsalliierten zusehends.

Der "Kalte Krieg" gegen die einstigen Verbündeten war kein Zufallsprodukt, denn Stalin benötigte den "Eisernen Vorhang", um ungestört den Beginn der sog. "Kommunistischen Weltrevolution" einzuleiten. Der "verhinderte Priester" Stalin verwirklichte damals konsequent seine politischen Pläne und installierte in allen "befreiten Ländern" kommunistische Gesellschafts- bzw. Terrorsysteme.

Die osteuropäischen Staaten waren trotz der großen Menschenverluste die eigentlichen Gewinner des Zweiten Weltkrieges. Sie konnten ihre Staatsgebiete z.T. erheblich erweitern.

Nordamerika und die neue Supermacht UdSSR übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich die Weltherrschaft, während die bisherigen Machtzentren in Europa und Asien entscheidend geschwächt bzw. gänzlich ausgeschaltet wurden.

Die Nordamerikaner zeigten zunächst nur geringes Interesse, sich langfristig im geschwächten Nachkriegseuropa zu binden. Die Nordamerikaner waren hauptsächlich daran interessiert, aufnahmefähige Absatzmärkte zu sichern und ließen Stalin ungehindert agieren, so daß sich das kommunistische System nicht nur in Ost-Mitteleuropa, sondern auch in Südostasien (Korea, Nord-Vietnam) ungehindert ausdehnen konnte. Für diese schwerwiegenden Fehler mußte Nordamerika später in Asien "bitteres Lehrgeld" zahlen, denn die anschließenden Kriege gegen Nord-Korea von 1950-1953 und gegen Nord-Vietnam von 1965-1975 entwickelten sich zu den verlustreichsten Kriegen und "militärischen Niederlagen" der nordamerikanischen Geschichte.

Der kommunistische Führungsanspruch sowie die geistige und wirtschaftliche Isolierung Osteuropas führten in den folgenden Jahrzehnten zu dem größtenteils selbst verursachten sowjetischen Zusammenbruch, der letztlich im totalen Chaos endete und zur Teilauflösung der UdSSR führte.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den eigentlichen Sieger des Zweiten Weltkrieges (x068/267-269): >>... Wie die USA aus dem Ersten Weltkrieg, dessen eigentliche Gewinner sie waren, am besten herauskamen, so erst recht aus dem Zweiten. Was die Europäer schwächte, hatte sie enorm gestärkt, ja zur mächtigsten Nation gemacht. Auch zur reichsten, mit Abstand. Nicht weniger als drei Viertel des gesamten Weltkapitals befanden sich in den USA. Ebenso zwei Drittel der gesamten Industriekapazität. All dies aber war ihnen mehr in den Schoß gefallen, als daß sie es sich erkämpft oder im strengen Sinn erarbeitet hätten. Auch deshalb verloren sie schon in wenigen Jahrzehnten eine einmalige industrielle Vormachtstellung.

Das Territorium der USA hatte durch den Krieg nicht gelitten. Kein Haus war zerbombt, kein Zivilist durch Kriegseinwirkungen getötet, keiner zum Flüchtling gemacht worden. Die Nation, seit nun bald zweihundert Jahren nie mehr innerhalb ihrer Grenzen attackiert, fühlte sich im Vollgefühl ihrer Kraft. Ruinen und Leichen in Europa und Japan, doch der "American way of life" nahm seinen Lauf, die "Pax Americana", das "amerikanische Jahrhundert" - mit dem

Kalten Krieg, dem Koreakrieg, Vietnamkrieg, Golfkrieg und einer Fülle anderer "Interventionen".

Zur Sowjetunion war das Verhältnis der westlichen Führungsmacht gleich nach dem Zweiten Weltkrieg schon wieder so schlecht, wie es etwa noch 1931 gewesen war, als Präsident Hoover, der Vater der "Politik der guten Nachbarschaft", "die Vernichtung der UdSSR" sein Ziel genannt hatte. Zwar erkannte Roosevelt 1933 die Sowjetunion rasch an - freilich nur, um sie gegen Japan auszuspielen. Zwar fühlte sich die Masse der US-Amerikaner mit ihr im Weltkrieg eng verbunden. Doch bestand bereits neben dieser pro-russischen, scharf faschistenfeindlichen Richtung auch weiter eine antikommunistische Tendenz, ideologisch wie machtpolitisch motiviert, und sie setzte sich durch.

Schon während des ganzen Krieges hatten Deutsche und Amerikaner geheime, gegen die UdSSR gerichtete Verhandlungen geführt: in Vichy, Bern, Stockholm sowie im Vatikan, in Staaten, nebenbei, die mit Hitlerdeutschland sympathisierten. Und bereits Ende 1944 glaubte US-Admiral Furer die Amerikaner "jetzt darauf vorbereitet, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß der Krieg zur Beendigung aller Kriege noch nicht gekämpft worden sei"; erklärte US-General Arnold gegenüber dem britischen Luftmarschall Portal, "unser nächster Feind sei Rußland".

Und kaum war Roosevelt beerdigt, so beschloß man einen Tag danach, am 15. April 1945, seine Politik umzukehren. Es geschah in einer Sitzung von etwa 15 Personen im Außenministerium, an der auch Vertreter des Kriegsministeriums teilnahmen, auch ehemalige Bankiers, wie John McCloy, auch Senator Vandenberg und John Foster Dulles, Präsidenten der führenden Aktiengesellschaften, der Präsident von General Motors, kurz, Repräsentanten von Großbanken und Großindustrie, die längst einen Kurswechsel befürwortet hatten. Sie alle wünschten einen milden Frieden mit Deutschland, um dies als Bollwerk gegen Rußland aufzubauen. Der Wechsel der amerikanischen Politik wurde eingeleitet, bevor ernsthafte Schwierigkeiten zwischen beiden Weltmächten bestanden. Und er wurde weder durch den Präsidenten noch den Kongreß sanktioniert. Er erfolgte außerhalb demokratischer Legalität.

Für Truman, einen erfahrenen Taktiker, jedoch ohne geistige Qualifikation, war die demokratische Mission der USA ebenso ausgemacht wie das Streben Moskaus nach Weltherrschaft. Schon wenige Tage nach seiner Amtsübernahme prahlte er, "daß die Russen bald auf ihren Platz verwiesen würden und daß die Vereinigten Staaten dann die Führung dabei übernehmen würden, daß die Welt so regiert werde, wie sie regiert gehöre".

Den Russen gegenüber benahm sich Truman immer unfreundlicher. Noch in der Schlußphase des Krieges hatte man versucht, sie von dem - zunächst so begehrten - Eintritt in den Krieg gegen Japan abzuhalten. Bei der Regierungsbildung in Italien und Griechenland wurden sie gar nicht mehr gefragt, ihre gewünschte große Anleihe von mindestens zehn Milliarden Dollar wurde ebenso übergangen wie schließlich jede zusätzliche Lend-Lease-Lieferung - während man dem Kriegsfeind Deutschland im ureigenen Interesse bald entgegenkam.

Es spricht für sich, daß Truman schon am 23. April 1945 seinem Kabinett erklärt, "wenn die Russen sich uns nicht anschließen wollen, dann sollen sie eben zur Hölle fahren".<<

Die Nachkriegsziele der Siegermächte

Die Westmächte entschieden den Zweiten Weltkrieg zwar militärisch, aber bei den Konferenzen in Teheran und Jalta verloren sie schon vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin. Die Anglo-Amerikaner beendeten damals Hitlers größtenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch indirekt Stalins Terrorregime und ermöglichten die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche sowie die kommunistische Machtergreifung in den baltischen Staaten, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und in Bulgarien.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" übernahm der Alliierte Kontrollrat - bestehend aus den Hauptsiegermächten bzw. den 4 Oberbefehlshabern der Besatzungszonen - die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden. Das Deutsche Reich sollte ursprünglich nicht langfristig aufgeteilt oder vollständig besetzt werden, sondern die Deutschen sollten lediglich bedingungslos kapitulieren.

Gemäß den Vereinbarungen der Atlantik-Charta wollte man nach dem Kriegsende eigentlich wieder ... den Zustand, wie er vorher war, herstellen, denn die westlichen Alliierten hatten den Krieg angeblich nicht zu Eroberungszwecken, sondern nur zur Verteidigung geführt.

Angesichts der grauenhaften Verhältnisse, die man in den befreiten NS-Vernichtungs- und Konzentrationslagern erlebt hatte, reagierten vor allem die westlichen Siegermächte und die Weltöffentlichkeit schockiert und entrüstet, so daß die Deutschen zunächst keine Gnade erwarten konnten.

In der berüchtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es damals z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte. Die nordamerikanischen Befehlshaber hätten nur einzugreifen, wenn Hungersnöte, Seuchen oder Revolten die Besatzungstruppen direkt gefährdeten. Kontakte mit deutschen Zivilisten und deutschen Beschäftigten sollten auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die Nordamerikaner verlangten keine Gebiete und verzichteten zunächst auf materielle Entschädigungen. In erster Linie sollten alle schuldigen Deutschen für die NS-Massenverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Nach der Entnazifizierung plante man, in Deutschland eine liberale Demokratie und privatkapitalistische Wirtschaftsformen zu errichten.

Die Briten wollten den wirtschaftlichen Machtfaktor Deutschland zwar ausschalten, aber Churchill war frühzeitig daran interessiert, die Deutschen wieder "auf die eigenen Füße" zu stellen, um die sowjetische Expansionsgefahr einzudämmen. Im Juli 1945 wurde die britische Außen- bzw. Deutschlandpolitik jedoch durch einen Regierungswechsel regelrecht gelähmt, weil die unerfahrenen Außenpolitiker der siegreichen Labour-Party den erfahrenen Churchill nicht ersetzen konnten. Die Briten unterstützten später vor allem die nordamerikanische Zentralisierungspolitik, da sie finanzielle US-Hilfen für die britische Besatzungszone benötigten (x148/14).

Die Franzosen forderten hartnäckig die Aufteilung des Deutschen Reiches, annektierten später das Saarland, schlugen die Bildung eines autonomen Rheinstaates bzw. Ruhrgebietes vor und widersetzten sich energisch allen Versuchen, die westdeutschen Zonen zu vereinigen, weil sie das Deutsche Reich langfristig schwächen wollten.

Stalin hatte die Prinzipien der Atlantik-Charta ... formell akzeptiert. Diese Zusage hinderte den sowjetischen Diktator in den letzten Kriegsjahren jedoch nicht, die anglo-amerikanischen Verbündeten unentwegt zu hintergehen und schließlich vor vollendete Tatsachen zu stellen. Stalin, der bis zur deutschen Kapitulation fast alle angestrebten Expansionsziele verwirklicht hatte, war nicht bereit, besetzte Gebiete preiszugeben. Die argwöhnischen Stalinisten unterstellten den Kapitalisten naturgemäß Weltherrschaftspläne und setzten in den "befreiten Ländern" ihre bewährte gewaltsame Unterdrückungspolitik und aggressive Gleichschaltungsmaßnahmen durch.

Churchill warnte die Nordamerikaner zwar eindringlich davor, die besetzten mitteldeutschen Gebiete an die Sowjets abzutreten, aber US-Präsident Truman ließ die nordamerikanischen und britischen Truppen trotzdem aus Mitteldeutschland abziehen, weil er die vertraglichen Vereinbarungen unter allen Umständen erfüllen wollte.

Die 3 Siegermächte USA, Großbritannien und UdSSR beschlossen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Ge-

genzug erhielten die Amerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin und marschierten vom 1. bis zum 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.

Teile der mitteldeutschen Gebiete – mit ca. 7,0 Millionen Einwohnern - wurden bereits seit dem 21. Juni 1945 von der sowjetischen Militäradministration SMAD verwaltet. Während die Berliner in den Westsektoren aufatmen konnten, begann nach dem Einzug der Roten Armee für die Mitteldeutschen ein endloser Leidensweg. Nach der Besetzung Mitteldeutschlands führte die Sowjetunion umgehend rücksichtslos den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus bzw. die "Diktatur der Arbeiter und Bauern" ein.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über "Berlin" (x009/60-62): >>Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands, kann jedoch z.Z. diese Funktion nicht ausüben. Mit 883,8 qkm Bodenfläche und 3,39 Millionen Einwohnern ist Berlin die größte deutsche Stadt. Von ihren 20 Verwaltungsbezirken gehören 12 mit 481 qkm und 2,2 Millionen Einwohnern zu den 3 westlichen Sektoren, 8 mit 403 qkm und 1,07 Millionen Einwohnern gehört zum Sowjetsektor. ...

Als Sitz des Kontrollrates auch nach der Kapitulation noch Regierungssitz für ganz Deutschland, wurde Berlin durch eine dem Kontrollrat nachgebildete Viermächteverwaltung regiert. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Sowjetische Besatzungszone" (x051/544-545): >>Sowjetische Besatzungszone bzw. Sowjetzone, eine der vier Besatzungszonen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, 107.862 qkm mit 18,3 Millionen Einwohnern (1946).

Die Sowjetische Besatzungszone umfaßte das Gebiet des Deutschen Reiches zwischen Oder-Neiße-Linie im Osten und der Linie Lübeck-Helmstedt-Hof im Westen - ausgenommen West-Berlin. Die zunächst von amerikanischen und britischen Truppen besetzten Teile Mecklenburgs, Sachsens und Thüringens wurden am 1.7.45 von diesen geräumt und ebenfalls sowjetisch besetzt.

Die oberste militärische und politische Gewalt übernahm in der Sowjetischen Besatzungszone am 9.6.45 die Sowjetische Militäradministration SMAD. Unter ihrer Regie wurde die Sowjetische Besatzungszone systematisch wirtschaftlich ausgebeutet und eine kommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgebaut: Schul- und Justizreform; Enteignung des Großgrundbesitzes sowie des Besitzes von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" und dessen Verteilung an Bauern, Landarbeiter und Vertriebene; Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrie; Vereinigung von SPD und KPD zur SED u.a. Aus der Sowjetischen Besatzungszone entstand 1949 die Deutsche Demokratische Republik.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetische "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>... Die sowjetische Verwaltungsspitze wurde die "Sowjetische Militär-Administration" in Deutschland SMAD mit Sitz in Berlin-Karlshorst. ... Die SMAD, die ein Veto hatte, ließ nur solche Kontrollratsbeschlüsse zu, die ihr zusagten. So wurde der Kontrollrat bald gelähmt, eine gemeinsame Besatzungspolitik war gescheitert. Mit dem Aufbau eines neuen, bald rein kommunistischen Verwaltungsapparates entstand neben der SMAD ein Apparat, der jedoch schon auf der untersten Stufe sowjetisch gelenkt wurde.

Die Besatzungspolitik hatte 2 verschiedene Ziele:

1. die wirtschaftliche Ausbeutung der Zone und
2. die politische Bolschewisierung.

Nachdem alle Pläne, eine Vereinigung der Westzonen und der SBZ auf kommunistischer Grundlage herbeizuführen, gescheitert waren, ist seit etwa Anfang 1948 die Einbeziehung der SBZ in den Ostblock das wichtigste Ziel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<

Mit der Auslieferung Mitteldeutschlands gab US-Präsident Truman vor den Potsdamer Ver-

handlungen eine äußerst wichtige Trumpfkarte aus der Hand, obgleich die westlichen Alliierten völlig unbedrängt waren (x114/2.102). Für Stalin, der bisher fast alle Zusagen mißachtet hatte, kam der freiwillige Abzug der Amerikaner und Briten jedenfalls völlig überraschend, denn die Sowjets waren damals überhaupt nicht in der Lage, militärische oder politische Druckmittel einzusetzen.

Nach dem Rückzug der westlichen Alliierten besaßen die Sowjets nicht nur Ostdeutschland, sondern sie kontrollierten auch alle mitteldeutschen Gebiete und standen sprungbereit an der Elbe. Infolge der Zerschlagung des Deutschen Reiches fehlte eine westeuropäische Pufferzone gegenüber der UdSSR, denn Polen konnte die ursprünglich geplante Nachfolge der Deutschen nicht übernehmen. Ein bis dahin unvorstellbarer europäischer Alptraum war plötzlich Wirklichkeit geworden.

Der jugoslawische General Milovan Djilas kommentierte bereits im April 1945 Stalins Nachkriegsziele wie folgt (x149/114): >>... Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.<<

Der sowjetische Spitzenfunktionär Andrej Shdanow, der ursprünglich Stalins Nachfolger werden sollte, betrachtete die sowjetische Besatzungszone damals als ein "Sprungbrett", um die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach Westeuropas zu realisieren (x128/195).

Der Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, Sir Brian Robertson, kritisierte später die nordamerikanische Außenpolitik (x128/193): >>... Von allen falschen Vorstellungen hatten die, denen sich Präsident Roosevelt hingab, die schwerwiegendsten Folgen, denn sie beherrschten das amerikanische Denken und Handeln in den ersten 2 sehr wichtigen Jahren nach dem deutschen Zusammenbruch. ... Präsident Roosevelts "Großer Plan" für den künftigen Frieden der Welt beruhte auf einer die Vereinten Nationen beherrschenden russisch-amerikanischen Partnerschaft. ...

Hand in Hand mit dieser Konzeption ging eine harte Deutschlandpolitik. Die grausame Unmenschlichkeit des Morgenthau-Plans, Deutschland seine gesamte Industrie zu nehmen, ging Roosevelt zu weit, aber der Plan wurde eigentlich nur aufgeschoben und nicht fallengelassen. ...<<

Die nordamerikanische Geheimdirektive JCS 1067 vom 26.04.1945

Nach der Besetzung Mitteldeutschlands führte die Sowjetunion umgehend rücksichtslos den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus bzw. die "Diktatur der Arbeiter und Bauern" ein. US-Präsident Truman genehmigte am 14. Mai 1945 die nordamerikanische Geheimdirektive JCS 1067 vom 26.04.1945, die bis zum 17.10.1945 als Top Secret behandelt wurde.

Der Grundsatz dieser Direktive, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb, lautete (x156/30): >>1. Zweck und Umfang dieser Direktive ...

Teil I Allgemeine und politische Angelegenheiten

... 4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland

a) Es muß den Deutschen klagemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.

b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.

c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<

Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>

Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegter Gegner reicht bis in die Gegenwart

... Nach dem schrecklichsten, verlustreichsten und über sechs Jahre dauernden Krieg kapitulierte das Deutsche Reich im Mai 1945. Die Niederlage war total. Das Land lag in Trümmern. Die Sieger zerteilten das Deutsche Reich in vier Zonen und damit zertrennten sie auch das einheitlich deutsche Wirtschaftsgebiet. Sie beschlossen die Abtretung der ostdeutschen Gebiete, es waren die preußischen Kernprovinzen, und ordneten gleichzeitig die Austreibung der dortigen Bevölkerung an. Die Deutschen wurden zusätzlich einer mehrjährigen Nahrungsmittelbeschränkung unterworfen, die Forschungsergebnisse und Patente deutscher privater Firmen und Personen geraubt sowie Wissenschaftler zur Ausbeutung ihrer Kenntnisse in die Länder der Siegermächte gebracht.

Diese geistige Beute ersparte der US-amerikanischen und russischen Forschung milliarden-schwere Investitionen und jahrzehntelange Forschungsarbeit. Neben der Demontage aller Fabriken und der Wegnahme privater und staatlicher Vermögenswerte hatten sich die westlichen Siegermächte noch auf eine besondere Demütigung geeinigt, indem sie den Deutschen eine Art Gehirnwäsche verordneten, die als "re-education" (Umerziehung) in die Nachkriegsgeschichte eingegangen ist.

Diese Umerziehung richtete sich in erster Linie nicht, wie es nahe gelegen hätte, gegen die Ideen des Nationalsozialismus, sondern sie hatte eine klare antipreußische Tendenz. Demokratische Gesinnung wurde und wird mit antipreußischer Haltung gleichgesetzt. Auch die Umerziehung dürfte als ein besonders schwerwiegender Rückfall in die Zeit der Glaubenskriege angesehen werden. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juni 2007 (x887/...):

>>Lehrreiche Lektüre für Träumer

Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen

... Auf der politischen Ebene gerieten sich sehr schnell die Westalliierten und die Sowjetunion in die Haare, so daß die zunächst angekündigte Erhaltung der Einheit Deutschlands schon zwei Jahre nach Kriegsende mit der Londoner Außenministerkonferenz scheiterte. Alles trieb auf die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten zu, damit sich die Westalliierten und die Sowjetunion das Potential in dem jeweils von ihnen besetzten Teil Deutschlands für die sich anbahnenden Konflikte sichern konnten. Immer noch aber wußten die Alliierten nicht, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen sollten.

Da wurden Pläne gesponnen über die Neutralisierung Deutschlands, über die Dezentralisierung der westlichen Zonen, über die internationale Kontrolle, die man über weite deutsche Gebiete verhängen wollte. Und die Deutschen hungerten, froren und schlugen sich mühsam durchs Leben. Die von den Alliierten zugebilligten Lebensmittelrationen sanken zeitweise auf 850 Kalorien pro Tag. Wer sich allein von den Lebensmittelmarken ernähren mußte, war dem Hungertod ausgesetzt.

Aber die Deutschen schlugen sich durch: Sie hamsterten auf dem Lande, tauschten, betrieben Schwarzhandel, legten auf jedem brauchbaren Stückchen Erde Gärten an, klauten Kohle von den Zügen, die deutsche Kohle ins Ausland bringen sollten. Der beste Schutz war der Zusammenhalt der Familien, während Alleinstehende und kleine Kinder die größte Not litten und häufig genug nicht überlebten.

Inzwischen entnazifizierten und entmilitarisierten die US-Amerikaner die Deutschen. Jeder, der irgendwie in der vorangegangenen Zeit politisch engagiert war, verlor seine Stellung. Et-

wa 80.000 Deutsche wurden im Rahmen des "Automatic Arrest" automatisch festgenommen und in Internierungslager gesteckt, wo manche bis zu drei Jahre lang ausharren mußten, bis sie vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt wurden. Mancherorts brach die Verwaltung zusammen. An Universitäten mußten ganze Fakultäten geschlossen werden, weil die Professoren in Lagern saßen. ...

Erst als der Kalte Krieg zwischen Ost und West ausbrach, änderten die US-Besitzer ihre Politik. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Februar 2008 (x887/...): >>**Nun sind die Engländer dran**

Neues Buch von Volker Koop über die britische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem letzten Weltkrieg ...

Auch die britische Besatzungspolitik macht deutlich, daß die Sieger des Zweiten Weltkrieges kein Konzept hatten, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen wollten. Es ging ihnen allein darum, Deutschland zu zerschlagen. Die Briten begründeten das mit der Behauptung, die "Junkerkaste" sei der Hort des "Militarismus" und Preußen der Herd aller Kriege gewesen, und was der unsinnigen Behauptungen mehr waren. ...

Juristisch vertrat Großbritannien die Ansicht, durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht sei keineswegs das Deutsche Reich untergegangen. Es existiere vielmehr fort. Zur Zeit sei die Regierungsgewalt lediglich auf die Besatzungsmächte übergegangen.

Sogleich ging man daran, im Sinne der Umerziehung zunächst aus den Behörden, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen, später auch aus der Wirtschaft alle Personen zu entfernen, die nach Ansicht der Besatzungsmacht politisch belastet waren. Sie wurden ersetzt durch Personen, deren Qualifikation darin bestand, daß sie wirklich oder angeblich Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Das führte dazu, daß - wie auch in der US-Zone - bald größte Schwierigkeiten auftraten, woraufhin die strikte Entnazifizierungspolitik gelockert werden mußte.

Die Zeitungen waren zunächst ausschließlich in den Händen der Besatzungsmacht, und auch als 1947 die Militärregierung deutschen Antifaschisten Lizenzen für Zeitungen erteilte, durften zunächst nur Meldungen veröffentlicht werden, die den Besatzern paßten. Volker Koop meint, daß Axel Springer dabei Hauptgewinner war, weil er "Die Welt" als Organ der Militärregierung verlegen durfte. In den Kinos wurden lediglich britische Filme, zum Teil mit deutschen Untertiteln, gezeigt sowie speziell für die Besiegten hergestellte Wochenschauen. Kirchen, Parteien, darunter zunächst auch die Kommunisten, und Gewerkschaften erhielten den Auftrag, die Deutschen im Sinne der Besatzungsmacht umzuerziehen.

Die Deutschen mußten Fragebögen mit 133 Fragen ausfüllen, darunter auch jene, was der Betreffende 1932 gewählt habe. Danach wurden sie in fünf Kategorien eingeteilt von "entlastet" bis "hauptschuldig" und gegebenenfalls vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt. Die Briten hatten genauso wie die Amerikaner, Franzosen und Sowjets Internierungslager eingerichtet, in die etwa 60.000 Personen eingeliefert wurden, welche die Besatzungsmächte automatisch arretierten und teils jahrelang festhielten, meist ohne Anklage und ohne Urteil.

Die Städte in der britischen Zone waren meist zerstört. Und in diese Zone waren Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen geströmt, die ebenso wenig eine Unterkunft hatten wie die Ausgebombten. Sie vegetierten in Not- und Massenunterkünften. Nachdem die Besatzungsmacht auch die noch intakten Strukturen lahmgelegt hatte, brachen bald bedrohliche Zustände aus. 1946 fehlten 600.000 Tonnen Brotgetreide. Es gab keine Kartoffeln geschweige denn Fleisch. Die tägliche Fettration belief sich auf sieben Gramm. Nach den ausgegebenen Lebensmittelkarten betrug die Tagesration theoretisch 1.000 bis 1.200 Kalorien. Die Lage verschlimmerte sich gegen Jahresende.

In einigen deutschen Zeitungen wurden die Rationen mit denen in den ehemaligen KZ vergli-

chen, woraufhin die Briten die Zeitungen verboten. Im November appellierte der nordrhein-westfälische Landtag an die Welt, wenn keine Hilfe käme, würde "ein Millionenvolk zugrunde gehen". Dem einzelnen standen nur noch 900 Kalorien täglich zur Verfügung, und das bedeutete den Hungertod. Bergarbeiter, Beamte und Werftarbeiter streikten. Es gab keinen Brennstoff - die im Ruhrgebiet geförderte Kohle wurde größtenteils als Reparation ins Ausland gebracht.

Die deutschen Wälder wurden systematisch abgeholzt, weil das Holz gebraucht wurde für den britischen Bergbau. Tuberkulose begann zu grassieren. Wer sich nicht über Gesetze hinwegsetzte und auf eigene Faust versorgte, etwa auf dem schwarzen Markt, durch das Hamstern bei Bauern, den Tausch von Wertsachen gegen Kartoffeln, Milch oder gar Fett, sowie wohl auch durch Klauen von Brennstoffen und so weiter, dessen Leben war in höchster Gefahr.

Die Sieger hatten nichts Wichtigeres zu tun, als auf englische Initiative im Februar 1947 Preußen als "Träger des Militarismus und der Reaktion" aufzulösen. 700.000 deutsche Patente wurden von britischen Spezialeinheiten gestohlen und an britische Firmen weitergegeben. In Schlössern und Herrenhäusern stahl die Besatzungsmacht Kunstwerke und Schmuck, wobei man auch keine Rücksicht darauf nahm, daß manche Besitzer mit dem britischen Königshaus verwandt waren.

Inzwischen begriffen auch die Sieger, daß die unheilige Allianz zwischen Bolschewismus und Kapitalismus keinen Bestand haben konnte. Es waren die Amerikaner, die ihren beiden westlichen Verbündeten klarmachten, daß man ohne die Deutschen gegen die Sowjetmacht kaum bestehen könne. Amerikaner und Engländer bildeten aus ihren beiden Zonen die Bi-Zone, um die deutsche Wirtschaftskraft zu fördern. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Befreiung der Deutschen durch die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg (x943/...): >>**Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise**

"Während die Halbwahrheit, daß der Hitlerismus mit Hilfe der amerikanischen Streitkräfte 1945 besiegt wurde, in alle Köpfe gehämmert wurde, bleibt die andere Hälfte der Wahrheit, daß derselbe Hitlerismus nur mit Hilfe britisch-amerikanischer Kapitalhilfe überhaupt aufgebaut werden konnte, bis heute ein Tabu akademischer Geschichtsschreibung."

Am 8. Mai 2015, dem 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, klang uns wieder vielfach die politische Geschichtsversion von der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Diktatur in den Ohren. Als reiner Vorgang auf der äußeren Tatsachenebene ist sie eine Banalität; sie war die automatische Folge des Sieges der Alliierten.

Als Kriegsziel der Alliierten, das ja damit suggeriert wird, ist sie nicht wahr. Man will kein Volk befreien, wenn man es z.B. noch zum Schluß, wo der Krieg längst entschieden war, flächendeckend in Grund und Boden bombt und die Städte in Flammenhöllen verwandelt, in denen Hunderttausende von Frauen und Kindern verdampfen. Das Ziel der Alliierten war nicht die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, sondern seine Zerstörung.

In der amerikanischen Regierungsanweisung ICG 1067 vom April 1945 heißt es: *"Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen."*

Und der britische Kriegspremier Winston Churchill hatte einen Vertreter des deutschen Widerstandes während des Krieges mit der Bemerkung abgespeist: *"Sie müssen sich darüber im Klaren sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des Deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen eines Adolf Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt."*

Die angloamerikanischen Ziele

Vor kurzem erregte das Video einer Vortragsveranstaltung von George Friedman, Chef des

einflußreichen US-Think-Tanks *Stratfor*, im Chicago Council on Global Affairs vom 4.2.2015 Aufsehen, in der er das seit langem verfolgte zentrale geopolitische Ziel der USA unverhüllt formulierte:

"Das Hauptinteresse der USA-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ... Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern."

In diesem Hauptinteresse arbeiten die britischen und amerikanischen Elitenzirkel seit über hundert Jahren eng zusammen. Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido Giacomo Preparata beschrieb es 2005 in einer Forschungsarbeit folgendermaßen:

"Die Geschichte, die in diesem Buch erzählt wird, ist die des britischen Empires, das um 1900 aus Furcht vor der aufstrebenden Macht des jungen Deutschen Reiches im Geheimen einen Plan für eine gigantische Einkreisung der eurasischen Landmasse schmiedete. Das Hauptziel dieser titanischen Belagerung war die Verhinderung eines Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland:

Wenn diese beiden Mächte sich zu einer "Umarmung" verbinden würden, argumentierten die britischen Wächter, würden sie in der Lage sein, sich mit so einer gewaltigen Festung von Ressourcen, Menschen, Wissen und militärischer Macht zu umgeben, daß damit der Fortbestand des britischen Empires im neuen Jahrhundert gefährdet wäre.

Mit dieser frühen Einschätzung leitete Britannien eine außerordentliche Kampagne zur Auseinanderreißung Eurasiens ein, bei der Frankreich und Rußland, und zuletzt auch die Vereinigten Staaten, eingesetzt wurden, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Die wechselnden Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren der Stoff für das Epos von der großen Belagerung Europas."

Es entstand der ungeheuerliche Plan, ein Bündnis Deutschlands mit Rußland dadurch dauerhaft zu verhindern, daß man Konstellationen herbeiführte, durch die sie, beiderseits mit westlicher Hilfe aufgerüstet, gegeneinander in einen Krieg getrieben wurden, in dem sie sich gegenseitig zerfleischten und zerstörten - eine Methode, die auch Friedman in der Veranstaltung vom 4.2.2015 empfiehlt und als vielfach angewendet beschrieb. Der erste Akt einer dazu erforderlichen Einkreisung Deutschlands kam mit dem Ersten Weltkrieg zum Abschluß, der vom Eintritt der USA in das große imperiale Schachspiel gekrönt wurde.

Mit der Niederlage Deutschlands waren die westlichen Ziele aber nur zum Teil erreicht. Das Diktat von Versailles, das Deutschland Reparationszahlungen in untragbarer Höhe auferlegte, gegen die sich selbst der Vertreter des britischen Schatzamtes, der Ökonom John Maynard Keynes, empörte, schuf daher keine Friedensgrundlagen, sondern legte bewußt die Keime, aus denen notwendig ein zweiter, noch vernichtenderer Krieg hervorgehen sollte.

Deutschland war im Ersten Weltkrieg auf dem eigenen Territorium nicht besiegt worden; die deutschen Eliten und die politischen und wirtschaftlichen Strukturen waren intakt geblieben. Daher begannen im nächsten Akt die verdeckten Bemühungen, unter dem Druck von Reparationen, Not und Empörung, ein radikal-reaktionäres, revanchistisches Regime entstehen zu lassen, das sich zu einem erneuten Feldzug gegen Rußland verleiten ließe, welches inzwischen ebenfalls mit westlicher Hilfe zu einer radikal-sozialistischen Diktatur aufgebaut wurde. *"Der vorausberechnete Zweck bestand darin, das neue reaktionäre deutsche Regime in einen Zweifrontenkrieg hineinzuziehen (den Zweiten Weltkrieg) und dann von der Gelegenheit zu profitieren, um Deutschland ein für alle Mal zu vernichten."* ... <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. September 2016 (x887/...): >>"Versteinertes Besatzungsrecht"

Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"

... **Preußische Allgemeine Zeitung:** Auch widersprechen Sie der pauschalen These von der Befreiung Deutschlands 1945 und verweisen auf eine offiziell kaum bekannte US-Direktive JCS 1067. Was besagt denn diese ominöse Direktive?

Bandulet: Weder hat sich die Mehrheit der Deutschen befreit gefühlt, wie wir von vielen Zeitzeugen wissen, noch wollten die Siegermächte Deutschland befreien. Die These von der Befreiung verträgt sich ja auch schlecht mit der These von der Kollektivschuld. Nein, sie wollten das Land erobern. Auch Konrad Adenauer spricht in seinen Erinnerungen nicht von Befreiung, sondern von Besetzung. Die von Präsident Franklin D. Roosevelt am 23. März 1945 unterschriebene Direktive 1067 der Joint Chiefs of Staff, der Vereinten Stabschefs, legt in allen Einzelheiten die künftige amerikanische Besatzungspolitik fest. Sie galt bis zum Sommer 1947. In Paragraph 4 der Direktive heißt es: "Deutschland wird nicht zum Zweck der Befreiung besetzt werden, sondern als besiegte Feindnation." Und in Paragraph 5 wurde untersagt, den Wiederaufbau der Wirtschaft in die Wege zu leiten.

Preußische Allgemeine Zeitung: Führte das etwa dazu, daß der berühmte Morgenthauplan, der Deutschland ursprünglich in eine Wüste verwandeln sollte, keineswegs schon im Sommer 1945 begraben wurde, wie Sie behaupten?

Bandulet: Der genozidale Morgenthau-Plan wurde zwar nicht eins zu eins umgesetzt, ging aber in abgeschwächter Form in die Besatzungsdirektive JCS 1067 ein. Als diese am 10. Mai 1945 auch vom neuen amerikanischen Präsidenten Truman unterzeichnet wurde, sprach Henry Morgenthau von einem "großen Tag". Er hoffe, fügte er hinzu, daß nicht jemand die Direktive "als den Morgenthau-Plan wiedererkenne". Tatsächlich war der barbarische Plan in den USA nicht unumstritten. Aber erst im Juli 1947 wurden die "Morgenthau-Boys", die Beamten aus dem Finanzministerium, die über die Durchsetzung von JCS 1067 wachen sollten, aus Deutschland abgezogen. Der Bruch mit Stalin und der heraufziehende Ost-West-Konflikt waren es, die Deutschland retteten. ...<<

Schlußbemerkungen: Die US-Militärregierung veröffentlichte am 26. Mai 1945 die Hauptziele der Alliierten (x073/216): >>Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland:

- a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
- b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.
- c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<

Reparationen und Wiedergutmachung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden alle deutschen Rüstungswerke Mittel- und Westdeutschlands demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.

Die französische Nachrichtenagentur "AFP" meldete am 11. Mai 1945, daß die militärische Besetzung Deutschlands in der Hauptsache nach dem Morgenthau-Plan erfolgen sollte (x043/-31): >>Zertrümmerung des deutschen Industriestaates

Die militärische Besetzung durch die Truppen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs erfolgt nach den Plänen des amerikanischen Finanzsekretärs Morgenthau, der das hochindustrialisierte Deutschland zu einem reinen Agrarstaat machen will.

Für die amerikanische Besatzungszone gelten folgende Richtlinien: Vollständige Entwaffnung der Deutschen, Ausschaltung der Rüstungsbetriebe, Überführung der deutschen Industrie-einrichtungen nach den von den Nationalsozialisten verwüsteten europäischen Ländern, Aufstel-lung deutscher Arbeiterbataillone für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, Beschlag-nahme der deutschen Patente, Kontrolle über die Finanzoperationen der deutschen Banken, Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes in Bauernhöfe, Lieferungen von Rohstoffen nach den alliierten Ländern, Verbot des Baues von Flugzeugen, Beschränkung der deutschen Indu-strieproduktion, Kontrolle der örtlichen Verwaltungen, Rückführung der während des Krieges geraubten Güter, Schadenersatz usw.<<

Vor der Räumung bzw. Übergabe Mitteldeutschlands beschlagnahmten die Nordamerikaner am 30. Juni 1945 alle Konstruktionspläne der "Junkers-Flugzeugwerke" in Gernrode im Harz und transportieren das Fachpersonal in den Westen (x111/42).

Die Sowjets transportierten vom 2. Mai bis zum 1. Juli 1945 rund 85 % aller unbeschädigten Fabrikeinrichtungen aus dem nordamerikanischen Sektor Berlins und 23.647 Maschinen aus dem britischen Sektor Berlins in die Sowjetunion (x111/42).

Erich Weinert, Präsident des Nationalkomitees "Freies Deutschland", berichtete am 12. Juli 1945 im Radio Moskau über den "freiwilligen Arbeitseinsatz" der Deutschen in der UdSSR (x111/47-48): >>Hunderttausende von Deutschen haben sich davon Rechenschaft gegeben, daß die Wiedergutmachung in Sachwerten in den verwüsteten Gebieten Rußlands die Priorität gegenüber dem Wiederaufbau in Deutschland haben müsse.

Diese Männer haben sich in freier Weise für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. Sie wis-sen, daß sie mit dem Wiederaufbau der von ihnen zerstörten russischen Städte den Grundstein für die Wiederaufrichtung unserer nationalen Ehre legen. ...<<

Die SMAD ließ am 20. Juli 1945 mehrere hundert Glocken zum Einschmelzen in die Sowjet-union transportieren (x111/51).

Am 23. Juli 1945 bestätigten die Sowjets die Beschlagnahmung aller deutschen Bankguthaben sowie die Schließung der Banken in Berlin und der SBZ (x009/506).

Die SMAD befahl am 25. Juli 1945, innerhalb von 5 Tagen folgende Wertsachen abzuliefern (x111/53): >>1. Alle Gold- und Silbermünzen und Barren, alle Platinbarren.

2. Alle ausländischen Banknoten, Münzen, Vermögensdokumente und Kostbarkeiten.

3. Alle Geldscheine, die in den früher von Deutschland besetzten Gebieten oder sonst woher ausgegeben oder zur Herausgabe vorbereitet worden sind und sich in beliebigen Finanzbanken und Kreditämtern oder in Besitz von Privatfirmen und Personen deutscher Staatsangehörigkeit befinden.

4. Personen, die sich der Verletzung dieses Befehls schuldig machen, werden zu strenger Ver-antwortung gezogen werden.<<

Die Proklamation Nr. 2. des Alliierten Kontrollrats löste am 20. September 1945 alle deut-schen Botschaften und Konsulate im Ausland auf. Das Deutsche Reich mußte sämtliche Be-satzungskosten der alliierten Streitkräfte übernehmen. Ferner wurden alle Gold- und Silberbe-stände des Deutschen Reiches beschlagnahmt (x111/78).

Aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 124 "Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland" wurden ab 30. Oktober 1945 mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmen enteignet und verstaatlicht - Errichtung von SAG-Betrieben bzw. von sowjetischen Aktiengesellschaften - (x301/116): >>... Um den Raub und anderen Mißbrauch des Eigentums, das früher dem Hitlerstaat, den Militärbehörden, den durch das sowjetische Militärkommando verbotenen und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen gehört hat, zu verhindern und dieses Eigentum am rationellsten für die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Besatzungstruppen auszunutzen, befehle ich:
1. Das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet, als beschlagnahmt zu erklären.<<

In der sowjetischen Besatzungszone demontierten die sowjetischen Besatzer damals etwa 50 % der industriellen Einrichtungen und wandelten 25 % der mitteldeutschen Industriebetriebe in sowjetische Aktiengesellschaften um, deren Gewinne bis zur Rückgabe an die DDR im Jahre 1953 an die UdSSR abgeführt werden mußten (x128/195).

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Mitteldeutschlands wurde durch die z.T. völlig planlose, überhastete Demontage von Industriebetrieben, Gleis- und Versorgungsanlagen erheblich erschwert. In Mitteldeutschland wurden z.B. Tausende von Kilometern Eisenbahnschienen abgebaut, so daß die meisten Strecken nur noch eingleisig befahren werden konnten.

Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein berichtete später über den SMAD-Befehl Nr. 124 (x156/28): >>Der am 30. Oktober 1945 verkündete Befehl Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration sprach die entschädigungslose Enteignung des Besitzes des Reiches und des Staates Preußen, der NSDAP, der großen und wichtigen Industrie-, Bergbau- und Handelsfirmen aus. Fast die Hälfte der Industriekapazität der sowjetischen Besatzungszone ging an die Länder bzw. Kreise und Städte über. Die Firmen wurden als "Volkseigene Betriebe" weitergeführt, 25 % des Industriebesitzes gingen zur Verwaltung und Ausbeutung unmittelbar an die Russen über. Die Militäradministration errichtete dafür am 5. Juni 1946 "Sowjetische Aktiengesellschaften", die zwischen 1946 und 1953 beherrschenden Einfluß auf die Wirtschaft Mitteldeutschlands hatten.

Der Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 nahm im Sinne der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsauffassung eine Verstaatlichung fast des ganzen Industriepotentials Mitteldeutschlands vor. ...<<

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 6. Dezember 1945 (x111/111): >>Nach Frankreich 261.000 t, nach Belgien 183.000 t, in die Niederlande 112.000 t, nach Dänemark 144.000 t, nach Norwegen 66.000 t und nach Luxemburg 109.000 t.<<

Nach den Nordamerikanern und Sowjets forderten auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).

Am 22. Dezember 1945 beschlagnahmte die britische Militärregierung alle deutschen Kohlenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).

Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verließen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und wurden von den Alliierten als Reparationen übernommen.

In Paris einigten sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichneten am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen. Bis 1947 wurden Reparationsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).

Die westlichen Alliierten und die Schweizer Regierung schlossen am 23. Mai 1946 ein Abkommen über die beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte. Das gesamte beschlagnahmte NS-Vermögen wurde aufgrund dieses Abkommens zwischen der Schweiz und den Alliierten aufgeteilt (x111/172).

Am 25. Mai 1946 stoppte die nordamerikanische Militärregierung vorübergehend sämtliche westdeutschen Reparationslieferungen an die UdSSR, weil die sowjetischen Gegenleistungen ausblieben (x101/13).

Durch den SMAD-Befehl 167 vom 5. Juni 1946 gingen die mitteldeutschen SAG-Betriebe "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion" in sowjetisches Eigentum über. Infolge der Eingliederung in die Organisation der SAG wurden die wichtigsten Schlüsselindustrien im mitteldeutschen Raum sowjetischer Besitz.

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am 9. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x111/190): >>Die Sowjetregierung hält es für nötig, die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen. ...

Die Sowjetregierung besteht darauf, daß von seiten Deutschlands die Reparationsforderungen in der Höhe von 10 Milliarden Dollar erfüllt werden, da dies nur einen Teil der von der Sowjetunion und ihren Völkern erlittenen Schäden darstellt.<<

Das "Handelsblatt" berichtete am 9. August 1946 über die sowjetischen Reparationsforderungen (x111/202): >>Es ist schwer, sich ein genaues Bild von der Größe der russischen Forderung zu machen. Zunächst ist nicht erkennbar, ob die weitgehenden Demontagen deutscher Industrieanlagen in der russischen Zone angerechnet werden sollen. Zweifellos hat es sich hier um eine Wiedergutmachung gehandelt.

Für ihren Umfang fehlen Berechnungsunterlagen, doch wurden bis Ende Mai 1946 schon die Listen der ausgebauten Firmen im hochindustrialisierten Sachsen beispielsweise auf 60 % der ehemaligen Kapazität geschätzt, bei der Werkzeugmaschinenindustrie wurden sogar 90 % erreicht. ...<<

Ab 21. Oktober 1946 begann die sowjetische Aktion "Ossawakim". Zahlreiche deutsche Wissenschaftler und Spezialisten wurden damals in die UdSSR deportiert (x116/146).

Bei der Ausstellung "Wiedersehen mit Museumsgut" konnten die Berliner Museen am 21. Dezember 1946 lediglich 98 Kunstwerke präsentieren. Später kamen zwar zahlreiche beschlagnahmte Kunstwerke nach Berlin zurück, aber die Rückgabe der während des Zweiten Weltkrieges geraubten deutschen Kunstgüter wurde nie offiziell geregelt.

Ein Wissenschaftler der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" schrieb einige Jahrzehnte später (x116/155): >>Die Fehlliste in beiden Teilen der Stadt zeigt, daß in vielen Fällen gerade das Einzigartige, Wertvollste und Unersetzlichste aus dem Altbestand als vernichtet gilt oder verschollen ist.

Sollte der Abschluß eines Friedensvertrages in bisher nicht absehbarer Zeit daran vielleicht etwas ändern können? ...<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtete später über die Plünderungen in Westdeutschland (x310/336-337): >>... Als die amerikanische Armee in Deutschland einrückte, befreite sie nicht nur die KZ-Insassen, setzte die Nazi-Oberen ab, verbot die NSDAP, sperrte Wehrpflichtige und SS-Offiziere in Kriegsgefangenenlager und installierte eine Militärregierung.

Die Amerikaner stellten auch das ganze Land auf den Kopf. Sie durchsuchten Lager, Salzminen, Schlösser, Banken, Bunker, Botschaften, Fabriken Privathäuser, Scheunen, sogar ausgetrocknete Flußbetten und Kanalisationsanlagen. Und sammelten alles ein, was von Wert war: Goldbarren, Goldstaub, Juwelen, Kunstwerke, Bücher.

Vieles davon hatte die SS zuvor den verfolgten Juden gestohlen oder anderswo in den besetzten Ländern geraubt. Hochrangige Nazis wie Hermann Göring oder Reichsminister Alfred Rosenberg hatten ganze Kunstmuseen zusammengeplündert. Mit dem Vormarsch der U.S. Army gelangten nun Schloßmobiliar, Kunstsammlungen und Bibliotheken von unschätzbarem historischem Wert in die Hände der Amerikaner – Kunst allein in der Ausbeute von fünf Milliarden Dollar.

Aber die amerikanische Armee war heillos damit überfordert, diese Beute auch nur zu verwalten. Gegen die Plünderung von Kulturgut, war die Zerstörung des Nationalmuseums in Bagdad harmlos.

Einen Teil der Kriegsbeute gaben die USA zurück, wenn auch nicht an die eigentlichen Besitzer. Aber Gold und Kunst von vielen Milliarden Dollar landeten in den Tresoren von Fort Knox, in Washington oder in den Museen von New York. Auch das, was einzelne Soldaten oder Offiziere geplündert hatten, illegal, aber geduldet, gelangte nach Amerika. "Die Grenze hing nur davon ab, wie groß der Sack war, den man mitbrachte", stellte der amerikanische Bankier und Historiker Kenneth Alford ... fest. ...<<

In Bremen protestierten am 22. November 1946 Betriebsräte gegen die Ausführung von weiteren Demontagen (x111/248): >>Wir sind nicht gewillt, uns zu unseren eigenen Totengräbern zu machen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Demontagen in Deutschland (x051/111): >>Demontage, Abbau von Produktionsanlagen zur Befriedigung von Reparationsansprüchen der Siegermächte.

Pläne zur Demontage der deutschen Industrie wurden erstmals auf der 2. Quebec-Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill im September 44 erörtert; es kam schließlich zu einem Kompromiß zwischen der weichen Linie, wie sie US-Außenminister Hull vertrat, und der harten des Morgenthau-Plans.

In Jalta beschlossen die Alliierten im Februar 45 die Beseitigung der Rüstungsindustrie, internationale Kontrolle von Ruhr und Saar und eine umfangreiche Wiedergutmachung von 20 Milliarden Dollar.

Im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 vereinbarten sie, ihre Forderungen in den jeweiligen Besatzungszonen einzulösen; wegen des unterschiedlichen Industrieniveaus wurden der UdSSR zudem 10 % der Demontage in den Westzonen zugebilligt. Ziel der Westmächte war die Demontage der deutschen Industrie bis zum Niveau von 1932, wofür ... die Demontage von 1.636 Betrieben vorgesehen war.

1947, mit dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konflikts, wurden die Westzonen zum potentiellen Alliierten; ein "Revidierter Industriepan" setzte nun die deutsche Industriekapazität von 1936 an, was immer noch einer Demontage von 682 Betrieben entsprach und gewerkschaftliche Proteste und Demonstrationen auslöste. Die UdSSR suchte die Konstituierung eines westdeutschen Staates zu verhindern und stoppte 1948 die bis dahin rigoros durchgeführte Demontage, um für eine gesamtdeutsche Lösung zu werben, die Lieferungen aus der laufenden Produktion ihrer Zone endeten aber erst 1952.

Am 1.9.48 wurde der Demontagestopp in der US-Zone verfügt; Washington drängte nun die Verbündeten, ebenfalls alle Demontagemaßnahmen einzustellen. Mit dem Petersberger Abkommen vom 22.11.49 erreichte die Bundesregierung die weitgehende Einstellung der Demontage, die aber offiziell erst mit dem Deutschland-Vertrag vom 26.5.52 endete. Ihr waren im Westen etwa 8 % des Wirtschaftspotentials von 1936 zum Opfer gefallen.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker berichtete später über die Demontagen der Besatzungsmächte (x021/470-471): >>... Hunger und Not schienen für lange Zeit das Leben der Deutschen zu bestimmen: Denn die Besatzungsmächte begannen nach der Konferenz von Potsdam mit der Demontage deutscher Industrieanlagen, wie die Großen Drei es vereinbart hatten:

"Deutschland soll gezwungen werden, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen."

Stahlwerke, Röhrenwerke, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Werften wurden abgebaut und abtransportiert, die Sieger waren gründlich. Doch jedes Werk, das demontiert oder

durch einen Eingriff in seine Eingeweide lahmgelegt worden war, bedeutete den Verlust von Arbeitsplätzen und zugleich die Verringerung der Möglichkeiten durch Produktion und Export industrieller Erzeugnisse Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln zu verdienen. So erreichte die industrielle Produktion Deutschlands in des ersten Jahren nach dem Krieg nur knapp ein Drittel dessen, was sie vor dem Krieg ausgemacht hatte.<<

Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, forderte am 29. November 1946 in England ein Ende der bisherigen Reparationspolitik (x111/250).

Das US-Kriegsministerium gab am 3. Dezember 1946 bekannt, daß bisher 270 deutsche und österreichische "Geistesarbeiter" in Nordamerika beschäftigt werden. Diese Zahl würde man demnächst auf etwa 1.000 erhöhen (x111/253).

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 9. Dezember 1946 (x124/270):
>>General Clay hat gestern wieder ein Rede gehalten.

Dabei kam er auf die deutschen Patente zu sprechen, die auch in Zukunft weiter bezahlt werden müßten. Allerdings soll der Erlös nicht uns, sondern den Siegermächten zugute kommen. Die Amerikaner klagen, daß sie für die Beatzung jährlich 2.000.000.000 Dollar ausgeben müssen. Allein die Patente der IG-Farben haben mehr eingebracht. ...<<

Die australische Regierung betonte am 20. Dezember 1946, daß man im Rahmen der Reparationsabkommen beabsichtige, möglichst viele deutsche Wissenschaftler nach Australien zu holen (x111/259).

Die Interalliierte Reparationsagentur berichtete am 31. Dezember 1946 in Brüssel, daß die deutschen Reparationslieferungen des letzten Jahres 14 vollständige Industrieanlagen, 17 teilweise demontierte Industrieanlagen und 227 Handelsschiffe umfassen würden (x111/263).

Finanzminister Kraus erklärte im bayerischen Landtag am 22. Januar 1947, daß die bisherigen Besatzungskosten rund 724 Millionen RM betragen und der Zusammenbruch unausweichlich sei, falls sich die Politik der Besatzer nicht grundlegend ändern würde (x111/275-276).

Die deutsche Tageszeitung "Westfälische Nachrichten berichtete im Januar 1947 (x353/23):
>>... Mit der Herausgabe dieser seiner Patente und Erfindungen hat das deutsche Volk in Wirklichkeit bereits eine Reparationsleistung vollbracht, wie sie in solcher Höhe noch kein Volk der Welt jemals aufgebracht hat. Diese Tatsache wird im Ausland meist mehr oder weniger geflissentlich übersehen.<<

Im ersten Halbjahr 1947 wurden folgende Reparationsgüter an die Sowjetunion ausgeliefert (x111/338): >>168 Waggons Schwellen, 28 Waggons Schienen, 10.034 Waggons Industriegut, 921 Waggons Zucker, 255 Waggons Getreide und Mehl, 160 Waggons Fahrzeuge, 609 Waggons Kali, 136 Waggons Benzin, 236 Waggons Maschinen, 42 Waggons Zement und 58 Waggons Textilien.<<

Die Interalliierte Reparationsagentur veröffentlichte am 17. Juli 1947 die verteilten deutschen Reparationsleistungen für den Zeitraum von Februar 1946 bis Ende Juni 1947 (x111/346):
>>262 Handelsschiffe und Industrieausrüstungen im Werte von 138,28 Millionen RM. Zu den abgebauten Industriebetrieben gehören z.B. 31 Metallbetriebe, 3 chemische Werke und 2 Kraftwerke.<<

US-Militärgouverneur Clay erklärte am 28. September 1947, die geplanten Demontagen unverändert fortzusetzen (x111/372): >>... Die Militärregierung werde fortfahren, die Liste der für eine Demontage vorgesehenen deutschen Industrierwerke auszuarbeiten, ob es den Deutschen gefalle oder nicht. ...

Wenn deutsche Gewerkschaften sich weigerten, Befehlen zu gehorchen, könnten sie schwerlich verlangen, daß die Alliierten mit den Lebensmittelimporten zu ihrer Ernährung fortfahren.<<

Die militärischen Oberbefehlshaber der nordamerikanischen und britischen Zone erläuterten am 16. Oktober 1947 eine am folgenden Tag veröffentlichte Demontageliste (x111/379): >>... Wir sind uns dessen bewußt, wie wichtig es ist, daß die deutsche Industrie in der Reparationsfrage Gewißheit über die Grundlage erhält, auf der sie nunmehr gesund planen kann. Die jetzt veröffentlichte Liste wird alle bisherigen Unklarheiten beseitigen. Sie enthält sowohl diejenigen Anlagen, die bereits abtransportiert sind, als auch diejenigen, die noch demontiert werden müssen.<<

Die Demontageliste der britischen Zone umfaßte 496 Werke, während in der nordamerikanischen Zone noch 185 Werke der Rüstungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Chemie- und Maschinenindustrie demontiert werden sollten (x111/379).

In der New Yorker Zeitung "Herald Tribune" kritisierten am 23. Oktober 1947 holländische Wirtschaftsführer die Demontagen in Deutschland (x111/381): >>Wir Holländer sind auch der Ansicht, daß die Demontage der deutschen Industrie, die bei einem Aufbau an anderer Stelle durchschnittlich 80 % ihres Wertes einbüßen würde, unzweckmäßiger ist als deren weitere Ausnutzung an Ort und Stelle für nichtmilitärische Zwecke. ...<<

Am 6. November 1947 wurde die französische Demontageliste veröffentlicht. Diese Liste umfaßte 266 bereits demontierte bzw. noch zu demontierende Werke - davon waren 37 Werke der Rüstungsindustrie - in der französischen Zone (x111/386).

Die französische Regierung rechtfertigte am 17. November 1947 die geplanten Industriedemontagen in ihrer Besatzungszone und stellte fest (x111/391): >>... Diesen Maßnahmen hat sich das deutsche Volk ohne jede Diskussion zu unterziehen.

Der Wert der damit zur Verfügung gestellten maschinellen Einrichtungen beziffert sich auf rund 100 Millionen Reichsmark. ...<<

Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtete damals, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen bzw. Kriegsschädigungen aufgebracht hätte. Nach diesen Berechnungen betragen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 **rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM)** (x111/408).

Von diesen Entschädigungen entfielen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark, Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden Reichsmark, sonstige Leistungen, deutsche Patente etc. rd. 27 Milliarden Reichsmark und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfielen rd. 41 Milliarden Reichsmark.

Nach Auswertung des beschlagnahmten Forschungsmaterials der deutschen Luftwaffe berichteten US-Luftfahrtexperten am 10. Januar 1948, daß man zukünftig Einsparungen in Höhe von etwa 2-3 Milliarden Dollar realisieren könnte.

Die US-Zeitschrift "LIFE" schrieb am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtete später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>... Im September 1945 wurde die erste Gruppe von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ...

Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm. Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden

...

Die Operation ... wurde 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls

nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<<
Die interalliierte Reparationsagentur berichtete am 19. März 1948 in Brüssel, daß die bisherigen deutschen Reparationsleistungen an Frankreich einen Wert von 54 Mrd. Franc betragen (x112/475).

Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, berichtete am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<

In den Jahren 1945-49 mußten die Westdeutschen Besatzungskosten in Höhe von insgesamt 21,3 Milliarden Reichsmark und Deutsche Mark zahlen. Im gleichen Zeitraum waren in den 3 westdeutschen Besatzungszonen außerdem 2,3 Milliarden Reichsmark und Deutsche Mark für ehemalige verschleppte ausländische Zwangsarbeiter aufzubringen (x111/79-80).

Am 10. September 1952 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 hieß es (x243/60): >>In der Erwägung

DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...

SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>**Wiedergutmachung**

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene.

Diese erhielten/erhalten individuell Wiedergutmachungsleistungen in Form der Rückerstattung enteigneter Vermögensgegenstände und/oder der Entschädigung für sonstige Vermögens- oder Personenschäden. Die Rückerstattung wurde zunächst in den westlichen Besatzungszonen durch Gesetze der alliierten Militärregierung, in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur, dann durch das Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) vom 19.7.57 geregelt. Das Entschädigungsrecht war zunächst in verschiedenen Landes- und Bundesgesetzen und ist jetzt im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) vom 29.6.56 enthalten.

Ihm zufolge hat Anspruch auf Entschädigung, wer aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt wurde und dadurch Schaden an Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum oder in seinem beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen erlitt, sofern er bis zum 1.4.58 seinen Anspruch angemeldet hatte. Keine Wiedergutmachung erhalten u.a. ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen (ausgenommen bloß nominelle Mitglieder) und Personen, die dem nationalsozialistischen Unrechtsregime Vorschub geleistet haben. –

Bis 1981 wurden insgesamt aufgrund der BRÜG rd. 3,9 Milliarden DM und aufgrund der BEG rd. 50,1 Milliarden DM Wiedergutmachungsleistungen bezahlt.

Von der individuellen Wiedergutmachung ist die globale Wiedergutmachung zu unterscheiden, die die Bundesrepublik aufgrund bilateraler Verträge an zahlreiche vom nationalsozialisti-

stischen Terror betroffene Staaten und an internationale Organisationen leistete: So v.a. an Israel 3 Milliarden DM, an die jüdische Weltorganisation 0,45 Milliarden DM nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen vom 10.9.52. Dieser Vertrag war insbesondere in Israel umstritten wegen der dahinter vermuteten deutschen Freikaufmentalität angesichts der unsühnbaren Verbrechen der Endlösung.

Weitere Wiedergutmachungsempfänger: UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, Jugoslawien, Polen, CSSR, Ungarn, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Griechenland, Italien, Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden. –

Insgesamt betragen die Wiedergutmachungsleistungen bis Ende 80 rd. 63,4 Milliarden DM; die gesamte Wiedergutmachung wird auf mehr als 85 Milliarden DM geschätzt.<<

Im Londoner Abkommen einigten sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die deutsche Bundesregierung übernahm als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1 Milliarden Deutsche Mark als Vorkriegsschulden und bestätigte 6,9 Milliarden Deutsche Mark als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden Deutsche Mark Nachkriegsschulden wurden erlassen (x089/313).

Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg wurden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).

Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtete später über das Londoner Schuldenabkommen (x849/...): >>... Mit dem Londoner Schuldenabkommen wurden in aller Stille entscheidende Weichen der imperialistischen Nachkriegspolitik gestellt. Die Verhandlungen in London verliefen zeitgleich und in engem Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen und Aktionen im Weltmachtstreben der USA: die Gründung des Nordatlantikpaktes, das atomare Wettrüsten, der Koreakrieg. In Europa gab es Auseinandersetzungen um die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG, um den Generalvertrag zwischen der BRD und den Alliierten sowie um die Wiederaufrüstung in Westdeutschland. Und die Adenauer-Regierung zögerte nicht, alle Verständigungsangebote und Vorschläge der Sowjetunion und der DDR-Regierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland abzulehnen.

Die Londoner Schuldenkonferenz und das Abkommen über Altschulden des Deutschen Reiches waren die finanzpolitische Ergänzung zum Streben, die BRD in das westliche Paktsystem einzugliedern, Westdeutschland zu remilitarisieren und letztlich in die NATO aufzunehmen. Sie waren fester Bestandteil der westlichen Strategie im Kalten Krieg gegen den "Ostblock".

Die Verhandlungen in London und das Abkommen standen kaum im Blick der deutschen Öffentlichkeit, und es gab wenig Kritik oder Protestäußerungen. Von bürgerlicher Seite wurde zumeist beklagt, daß die Bundesregierung, im "Ehrgeiz, Rechtsnachfolger des Altreichs zu sein", zu viele Zugeständnisse gemacht habe, mit "ungeheuren Verpflichtungen, die wir in London eingegangen sind", so etwa der Industriekurier, Düsseldorf.

Prinzipielle Ablehnung gab es bei der KPD. Wie bereits im Kampf gegen den Abschluß des Generalvertrages "Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten" im Mai 1952 bezogen die Kommunisten im Bundestag eine eindeutige Position gegen das Londoner Schuldenabkommen. Der Abgeordnete Walter Fisch brandmarkte das Abkommen in der ersten Lesung zur Ratifizierung als Beweis für den Willen der Adenauer-Regierung, für die Eingliederung Westdeutschlands "in das amerikanische Militärpaktsystem nicht nur deutsche Fremdenlegionen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Tributleistungen finanzieller Art in ungeheurem Ausmaß anzuerkennen und zu gewährleisten". ...

Adenauers Regierungserklärung zur Ratifizierung des Schuldenabkommens war darauf gerichtet, eine ausführliche Debatte im Bundestag zu vermeiden. Für die meisten Abgeordneten war das umfangreiche Dokumentenwerk kaum verständlich. Die SPD wollte sich in der ersten Lesung noch nicht festlegen. Für die CDU war das Abkommen "ein Schlußstrich unter eine tragische Vergangenheit ... und ein neuer Anfang mit schweren Opfern". ...<<

Die Sowjets verzichteten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklärten sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetischen "Reparationen" in der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/368): >>... Eine Gesamtrechnung der Reparationen seit Kriegsende bis 1953 ergibt nach kritischer Auswertung aller verfügbaren Unterlagen Reparationsleistungen der SBZ in Höhe von: 69,95 Milliarden Deutsche Mark.

In diesem Betrag sind 16 Milliarden Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953 enthalten. Nicht enthalten, sind sonstige Reparationsleistungen, z.B. der Nutzen der Sowjetunion aus der Arbeitsleistung der nach der Sowjetunion verbrachten deutschen Spezialisten und der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der SBZ und aus der Auswertung deutscher Patente.

Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 Deutsche Mark je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 16. April 1955 über die Rückkehr der letzten "mitteldeutschen Spezialisten": >>Atom-Spezialisten kehren heim

Atomwissenschaftler kehren aus der UdSSR zurück. Es sind die letzten deutschen Experten, die nach dem Krieg als "Menschenreparationen" dorthin verbracht worden waren, darunter der Physiker Manfred von Ardenne.

Zusammen mit Raketentechnikern, Chemikern, Luftfahrt- und über 3.000 Optikspezialisten mußte er für die Sowjets arbeiten.<<

Die SED-Regierung lehnte am 8. März 1973 Wiedergutmachungsforderungen Israels in jeglicher Form ab.

Was die Sowjets, Nordamerikaner, Briten und Franzosen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als sog. Reparationen aus Ost-, Mittel- und Westdeutschland herauspreßten und raubten, übertraf fast die menschliche Vorstellungskraft.

Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten allein die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen **Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM** (x063/618).

Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung hatte privates Eigentum während des Landkrieges unberührt zu bleiben. Das Verbot galt auch noch nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war (x151/24).

Das von den Ost- und Volksdeutschen zurückgelassene Eigentum befindet sich gemäß Völkerrecht weiterhin im Eigentum der zwangsweise Enteigneten, denn Staaten haften für das Handeln ihrer Organe und haben den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen. Das enteignete Eigentum ist grundsätzlich zurückzugeben. Falls dies nicht möglich ist, muß ein Ausgleich geleistet werden (x151/41).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vermögensverluste der Vertriebenen in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (x268/213-214):

>>So unvorstellbar groß die Reparationen im Osten und Westen auch waren, sie sind doch nichts gegenüber dem gigantischen Raubzug, der mit Völkervertreibung und Völkermord in Ostdeutschland und Osteuropa einherging.

18 Millionen einheimische plus 2 Millionen während des Kriegs zugezogene Deutsche wurden gänzlich enteignet. Dieser Personenkreis entspricht der seinerzeitigen Bevölkerungszahl der Republiken Finnland, Irland und Island sowie der Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen zusammengenommen.

Was Generationen in 600 oder gar 800 Jahren fleißiger Arbeit den Urwäldern abgerungen und aufgebaut hatten, wurde mit einem Federstrich enteignet: Häuser und blühende Industrien, Schlösser und Kirchen, Felder und Wälder, Straßen und Bodenschätze, Valuten und Devisen, gewerbliche Urheberrechte, wie zum Beispiel das Rezept des Karlsbader Becherbitters etc. Dieser Billionenraub ist in der Geschichte Europas ohne Beispiel. ...

Wie zum Hohn für die überlebenden Ostdeutschen werden – von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet – immer wieder wertvolle Kulturgüter an die Vertreiberstaaten übergeben ...

Ermuntert durch solche Spendierlaunen verlangt Polen unter dem Stichwort "Lokalisierung" weitere Kulturgüter, die den ostdeutschen Vertreibungsgebieten entstanden sind, zum Beispiel Urkunden des Deutschen Rittordens. ...<<

In ihrer Stellungnahme zur Frage der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter vertrat die Bundesregierung am 31. Oktober 1986 nach wie vor den Standpunkt, daß es sich hier um zurückgestellte Reparationsforderungen nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 handeln würde (x151/55): >>Bei Forderungen nach Entschädigung von Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 11/1990 berichtete am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Die deutschen Bäume fallen**

Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an

Ein Stichwort des Bundeskanzlers weckte im Ausland neue Begehrlichkeiten: Die Diskussion um deutsche Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkriegs ist erneut entbrannt, die Wiedervereinigung kann teuer werden. Denn viele Ansprüche wurden nur bis zu einer endgültigen Friedensregelung zurückgestellt. ...

Moskau entthob die DDR im Sommer 1953 weiterer Verpflichtungen, nachdem es bis dahin Werte von über 66 Milliarden Mark aus seiner Zone gequetscht hatte. Polen folgte und formulierte seinen Reparationsverzicht gleich auf ganz "Deutschland" - was Warschau heute als unverzeihliche Fehlleistung einer nicht souveränen Satelliten-Regierung brandmarkt.

Die Westalliierten schlossen mit der Bundesrepublik im Februar 1953 das sogenannte Londoner Schuldenabkommen, bei dem es Adenauers Unterhändler Hermann Josef Abs gelang, die Forderungen von 19 Gläubigerländern, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit datierten, auf gut 14 Milliarden Mark herunterzuhandeln.

Offiziell hatte die Bundesrepublik bis dahin nach Rechnung der Alliierten etwa drei Milliarden Mark Reparationen bezahlt, nach deutschen Schätzungen hatten Demontage, Zwangsarbeit, Wissenschaftlertransfer und der Raub deutscher Patente einen vielfachen Wert.

Voraussetzung für den Londoner Vertrag, den Bonn als endgültigen Schlußstrich betrachtet, war allerdings ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel über eine Pauschalzahlung von mehr als drei Milliarden Mark für die Eingliederung jüdischer Flüchtlinge und Holocaust-Opfer. Dazu kamen individuelle Entschädigungen, Lastenausgleich, Remontage-Zahlungen für Demontage-Geschädigte, Leistungen aus humanitären Erwägungen, die durch all die Jahre bis heute bezahlt wurden und Verpflichtungen noch über das Jahr 2000 hinaus bedeuten.

Insgesamt haben beide Teile Deutschlands bis heute Reparations-, Entschädigungs- und Lastenausgleichsleistungen erbracht, die sich auf weit über 300 Milliarden Mark addieren, wahrlich ein Faß ohne Boden. ...

Schon immer in der Geschichte hatten sich Sieger die Schätze der Besiegten angeeignet. Das erste Wirtschaftswunder des Deutschen Reiches - die Gründerzeit - bezahlten die geschlagenen Franzosen, denen Bismarck 1871 über fünf Milliarden Goldfranc abpreßte und danach höhnte: "Ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden."

Die Franzosen rächten sich 1919 am gleichen Ort, in Versailles. Vor allem auf ihr Drängen wurden den deutschen Weltkriegsverlierern Reparationen auferlegt, die in die Hyperinflation, zur Wirtschaftskrise, zu Hitler und schließlich geradewegs zur furchtbaren Neuauflage des Weltkriegs führten.

Versailles zeigte nicht nur, daß ungezügelter Rachedurst der Sieger zwangsläufig die nächste Katastrophe heraufbeschwört. ...

Als die DDR 1988 erstmals ein moralisches Recht der Juden auf Wiedergutmachung auch seitens des ostdeutschen Staates anerkannte, Erich Honecker dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, einen Orden an die Brust heftete und einen symbolischen Betrag von 100 Millionen Dollar "für Härtefälle" zusagte, öffnete sie damit auch die Tür für neue Forderungen. Die Modrow-Regierung bekannte sich dazu und betonte nochmals ihre "humanitäre Verpflichtung".

Modrow hörte auch höchst interessiert zu, als ihm ein Bremer Original die bislang allerhöchste im Wiedergutmachungskarussell gehandelte Summe vorrechnete: Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüfelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinseszins schulde, weil die Mitteldeutschen zusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf 727,2 Milliarden Mark. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1991: >>>**Noch 35 Milliarden DM für NS-Wiedergutmachung**

Für weitere Wiedergutmachungen für Opfer des NS-Regimes rechnet die Bundesregierung mit noch etwa 35 Milliarden Mark an Leistungen, die bis zum endgültigen Auslaufen der Entschädigung etwa im Jahr 2030 zu zahlen sein werden. ...

Bis Ende 1990 hatte der Staat insgesamt 86,4 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung aufgewandt. Dabei waren die Rentenleistungen von 67,9 Milliarden Mark je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen worden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Januar 1996: >>>**Große Rede eines innerlich Verletzten**

Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann ... Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmanns Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...

In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...

Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...

... Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1998: >>>**Kohl lehnt Fonds für NS-Zwangsarbeiter ab**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt.

Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschä-

digungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-127): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenüber sieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."

In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.

Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams, Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen jüdischen Gemeinden, brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie forderten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.

Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1998 über die Holocaust-Konferenz in Washington: >>Es geht auch um viel Geld

Noch ist längst nicht alles getan, um den Raub von Vermögenswerten durch die Nazis auszugleichen – soweit das überhaupt noch möglich ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holocaust-Konferenz in Washington. ...

Wer den Reden in Washingtons Holocaust-Museum lauscht, mag glauben, erst jetzt falle auf, daß der größte Völkermord der Geschichte auch der größte Raubzug der Geschichte war. Nicht mit einem Wort erwähnt Eizenstat, Staatssekretär im US-Außenministerium, oder einer der US-Organisatoren der Konferenz, daß die Bundesrepublik Deutschland 1953 das erste Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet und seither mehr als 100 Milliarden Mark dafür aufgewendet hat, um überlebenden Opfern des Nazi-Terrors wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen.

Unerwähnt bleibt auch, daß seinerzeit die junge Bundesrepublik beim Aufbau des jungen Staates Israel half, daß Zehntausende gestohlene Kunstwerke schon von den US-Besatzungstruppen in Deutschland eingesammelt und – wo möglich – den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. ...

Doch dann sind da die Anwälte wie Ed Fagan, die Prozesse gegen Schweizer Banken, gegen deutsche ... Großunternehmen angezettelt haben – im Interesse sagen sie, von Überlebenden des Holocausts. Sie verlangen Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie den Beklagten energisch zu, indem sie die "Öffentlichkeit mobilisieren".

Das heißt, sie bemühen sich darum, die Medien in Aufregung zu setzen. Beklagte an den Pranger zu stellen, Politiker zu veranlassen, zum Boykott deutscher oder eidgenössischer Unternehmen aufzurufen. Und gewissermaßen ganz nebenbei kassieren sie 20, 30 oder mehr Prozent sofern die Beklagten, um einen langen Prozeß und entsprechend vielen Presseberichten zu entgehen, bereit sind, eine Abfindung zu zahlen: eine legalisierte Form der Erpressung. Fagan und seine Kollegen sind zu der Konferenz in Washington nicht geladen, und kaum jemand ist hier gut auf sie zu sprechen. ...

Vor dem Museum demonstrieren orthodoxe Juden, schwarzgewandet, die Haare an den Schläfen zu Zöpfen geflochten. "Wir wahren Juden", erklären sie, "verurteilen jede Form von Forderung, Fahndung, Boykott oder Klage gegen irgendeine Nation, Regierung, Bank oder sonstige Institution. Wir nehmen kein Geld."

Elie Wiesel mußte seine Kinderbücher zurücklassen, als ihn Nazi-Schergen ins Konzentrati-

onslager schleppten. Seine Mutter und Schwester wurden in Auschwitz ermordet, sein Vater starb in Buchenwald. ...

Wiesel stellte fest: "Antisemiten unterstellten, wir Juden sprächen gern über hehre Dinge und dächten doch nur an Geld."

Vielleicht sei die Konferenz ja eine Chance, die Dinge umzudrehen: "Laßt uns über Geld reden, aber an hehre Dinge denken."

Doch wie tut man das? Wie vertragen sich ehrliche Gewissenserforschung und das Pochen auf Verträge, wie vertragen sich Nächstenliebe und Buchhalterei. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 1999: >>**NS-Opfer rechnen auf**

Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 1999: >>**USA pochen auf Lösung für NS-Zwangsarbeiter**

Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt.

Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen.

Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Dezember 1999: >>**Geklagt wird, wo was zu holen ist**

Die Anwälte der Zwangsarbeiter – raffgierige Experten der "Sammelklagenindustrie"?

8 Milliarden Mark wollen die deutsche Industrie und die Bundesregierung zur Entschädigung ehemaliger Zwangs- und Sklavenarbeiter der Nazi-Zeit bereitstellen. Als "schäbiges Almosen" haben amerikanische Anwälte das deutsche Angebot zurückgewiesen. Wer sind diese Anwälte, für wen sprechen sie, was treibt sie um?

Die bekanntesten heißen Michael Hausfeld, Melvyn Weiss und Ed Fagan. Sie sind nicht gut aufeinander zu sprechen. Sie sind Konkurrenten. Jeder macht für sich geltend, als erster den Holocaust und andere Nazi-Verbrechen als Rechtfertigung von Sammelklagen vor US-amerikanischen Gerichten entdeckt zu haben. Das kam der Entdeckung einer Goldader gleich, schrieb der Journalist David Rohde in der "New York Times". Inzwischen haben Hausfeld, Weiss und Fagan eine zügig wachsende Zahl von Nachahmern gefunden.

Sammelklagen zu erheben, im Namen einer zunächst unbekanntem Anzahl potentiell Geschädigter, gegen Unternehmen, die gut verdienen und auf ihr Image bedacht sein müssen, ist der mit Abstand profitabelste Zweig des profitablen amerikanischen Rechtswesens. Geklagt wird, wo etwas zu holen ist. Vorgestern bei Asbest, gestern bei Tabakkonzernen und schweizerischen Banken, heute bei der Waffenindustrie und deutschen Unternehmen mit dunkler Vergangenheit. ...

Sammelklagen ... können eine Form legalisierter Erpressung sein. Das Magazin "Fortune" schrieb: "Die Anwälte der Kläger sind nicht an Beweisen interessiert, sondern nur an Zahlen." Walter Olson vom "Manhattan Institut" spricht von der Existenz einer "Sammelklagenindustrie".

Deren Existenz hat dazu beigetragen, daß die Berufsgruppe der Anwälte in den USA Umfragen zufolge einen noch schlechteren Ruf hat als die der Journalisten. Noch negativer bewertet werden nur Versicherungsagenten und Autoverkäufer. ...

Die Opfer spielen in den Sammelklagen zumeist eine untergeordnete Rolle und werden selten

reich. Sie werden aber gebraucht, um in Pressekonferenzen oder, sollte es zum Verfahren kommen, vor einer leicht zu beeindruckenden Laienjury ihr hartes Schicksal möglichst eindrucksvoll zu schildern. Zur Vorbereitung heuern geschickte Anwälte erfahrene PR-Berater und Schauspieler an. ...

Die Anwälte arbeiten auf der Basis einer Gewinnbeteiligung. Üblich sind rund 20 bis 40 %. ... Anwälte finanzierten auch jene großformatigen Anzeigen, die im Namen renommierter jüdisch-amerikanischer Organisationen pünktlich zum Zeitpunkt der vorletzten Verhandlungsrunde in der "New York Times" erschienen. Sie prangerten BASF, Bayer, BMW, VW und andere an, an der Ausbeutung von Zwangsarbeitern "Billionen" verdient zu haben und ihre Opfer jetzt, und nur unter dem Druck der Klagen, "mit Pennys" abspesen zu wollen. In der deutschen Öffentlichkeit wurden diese Anzeigen stark beachtet. Fagan und Co. beherrschten die Klaviatur der Public Relations.

... Konkurrenten behaupten, Fagan habe seine Mandanten Verträge unterschreiben lassen, denen zufolge ihm 25 Prozent der ausgehandelten Entschädigungssumme zustünden.

Weiss und Hausfeld haben gegenüber Journalisten mehrfach behauptet, in diesem Fall auf Honorare zu verzichten. Bei anderen Gelegenheiten sprachen sie von "zwei bis drei" oder fünf Prozent. Zwei Prozent von den angebotenen acht Milliarden Mark wären 160 Millionen Mark. Fagan rät, Anwälten nicht zu glauben, die behaupten, umsonst tätig zu werden. Er kenne seine Kollegen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Dezember 1999: >>**Schröder und Clinton einig über Entschädigung**

... Clinton lobte Schröders Einsatz und dankte den deutschen Unternehmen. Clinton sagte im Weißen Haus:

"Dies war für die deutsche Regierung kein leichter Schritt, aber er bekräftigt, daß sie sich der menschlichen Würde verpflichtet sieht." ...

Clinton sagte zu, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit deutsche Unternehmen in den USA Rechtssicherheit hätten.

Die Verständigung auf nun 10 Milliarden Mark soll ... am Freitag in Berlin verkündet werden. Die Bundesregierung will ihren zugesagten Beitrag von 3 Milliarden Mark erhöhen - im Gespräch sind weitere 2 Milliarden Mark. Die deutsche Wirtschaft beteiligt sich mit 5 Milliarden Mark. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Dezember 1999: >>**Niemand spricht mehr von "Pennies" und "Almosen"**

Das Ende der Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter unter dem Nazi-Regime wird in Washington erleichtert aufgenommen

... Eizenstat hatte sich wochenlang beharrlich geweigert, eine verbindliche Forderung der amerikanischen Seite auf den Verhandlungstisch zu legen.

Lambsdorff und die deutsche Industrie hatten insgesamt zunächst zwei Milliarden angeboten, dann sechs, schließlich 8 Milliarden. Eizenstat nahm alle diese Vorschläge nahezu kommentarlos zur Kenntnis und überließ es den Rechtsanwälten, die im Namen zumeist osteuropäischer Mandanten auftraten, sich vor den Fernsehkameras zu empören.

Die Anwälte sprachen spöttisch von "Pennies" und "Almosen" und drohten mit neuen Schadenersatzklagen gegen deutsche Unternehmen vor amerikanischen Gerichten. Zwei einflußreiche Mitglieder des US-Senats brachten prompt einen Gesetzentwurf ein, der solchen Klagen den Weg ebnet sollte.

... Die israelische Regierung sprach von einer Verzögerungstaktik der Anwälte und deren Erwartung, einen beachtlichen Anteil des Fondsvermögens persönlich einzustreichen.

Den entscheidenden Anstoß für die Einigung brachte ein Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident Bill Clinton. Beide Politiker sorgten sich, daß ein

Scheitern der Verhandlungen die amerikanisch-deutschen Beziehungen belasten könnte. Clinton wies Eizenstat an, zum Ende zu kommen. Der Unterhändler brachte in zahllosen Telefonaten alle Beteiligten auf der Seite der Opfer dazu, eine Summe von 10 Milliarden Mark im Kern zu akzeptieren. ...

Clinton sprach von einem "außerordentlichen Erfolg, der den Opfern des schrecklichsten Verbrechens dieses Jahrhunderts ein Maß an zusätzlicher materieller und moralischer Gerechtigkeit bringen wird".

Der Präsident vergaß auch nicht zu erwähnen, daß die Bundesrepublik bereits mehr als 60 Milliarden Dollar zur Entschädigung von Naziopfern aufgebracht habe. Das war in den USA zu Beginn der Verhandlungen oft übersehen worden. Eizenstat wiederum wies darauf hin, daß die Mehrzahl der zu Entschädigenden in Osteuropa leben und keine Juden sind.

Im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf kann Vizepräsident Al Gore nun vor Amerikanern polnischer Abstammung darauf hinweisen, daß die amtierende Regierung dafür gesorgt habe, daß polnische Opfer des Naziregimes eine persönliche Entschädigung erhalten. ... Die Übereinkunft sei "das Beste, was in der verbleibenden Zeit herauszuholen war".<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über diese Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter (x169/I-II): >>... Obwohl die Amerikaner nur allzu bereit sind, die nationale Selbstabrechnung Deutschlands zu überwachen, sind sie weder gewillt noch imstande, selbst eine vergleichbare Verantwortung zu entwickeln.

In ihrer Rede zum Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeiter erklärte Madeleine Albright, es liege "im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten, Schritte hinsichtlich der Folgen der Nazizeit zu unternehmen, die Welt über dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte zu unterrichten, die Lektionen daraus zu lernen und sich darum zu bemühen, daß so etwas nie wieder geschieht."

Nun läge es in der Tat auch "im außenpolitischen Interesse" des größten Teils der Menschheit, daß die Vereinigten Staaten die "dunklen Kapitel" ihrer Vergangenheit untersuchten. Während die Deutschen sich täglich mit ihren historischen Verbrechen auseinandersetzen, müssen die Amerikaner den Großteil ihrer eigenen überhaupt erst noch zur Kenntnis nehmen. In der Debatte des amerikanischen Mainstream über Vietnam lautet die einzige Frage, wann die Vietnamesen wohl anerkennen, was sie uns angetan haben. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Dezember 1999: >>**Entschädigung ist besiegelt - Rau bittet Opfer um Vergebung**

... Bundespräsident Johannes Rau bat die Opfer um Vergebung: "Ihre Leiden werden wir nicht vergessen." ...

Vor mehr als 100 Verhandlungsteilnehmern gab Bundeskanzler Gerhard Schröder erstmals offiziell die deutsche Entschädigungssumme von 10 Milliarden Mark bekannt, die jeweils zur Hälfte vom Staat und von der Wirtschaft aufgebracht werden soll.

Den hochbetagten NS-Opfern werde ermöglicht, am Ende ihres Lebens Genugtuung zu erfahren, sagte Schröder. Er bezeichnete die Entschädigung als "kleinen Beitrag" zur Milderung des Leides von einst. ...

Der amerikanische Unterhändler Stuart Eizenstat versicherte im Gegenzug zur Entschädigungsverpflichtung werde seine Regierung dafür sorgen, daß alle in den USA anhängigen Gerichtsverfahren gegen deutsche Firmen eingestellt würden.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 11/2000 berichtete am 13. Januar 2000 über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges:

>>**Elegant verschleiert**

Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.

Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg? ...

Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.

Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt. ...

Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland.

Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?

Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.

Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juli 2000: >>**Deutsche als Zwangsarbeiter**

Der Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, CDU, hat die Bundesregierung aufgerufen, die deutschen Zwangsarbeiter bei den Entschädigungen nicht zu vergessen. Auch sie erwarteten zu Recht ein sichtbares Zeichen, erklärte Merz in der Bremerhavener "Nordsee-Zeitung". Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehrere hunderttausend Deutsche in der Sowjetunion, in Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei als Zwangsarbeiter eingesetzt.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 13. Januar 2001 (x887/...): >>**Objekte kriegerischer Begierde**

Westalliierte verletzen auch Haager Landkriegsordnung

Erst nach dem Sieg über den Gegner wird deutlich, warum Krieg geführt wurde

Wenn in Deutschland von Kunstraub und Beutekunst die Rede ist, spät genug kam dieses Thema auf's Tapet, war es noch jahrzehntelang von der politischen Klasse mit einem Tabu belegt - Dann klingt das Signalglöcklein: UdSSR; staatlich organisierter Kunstraub durch Trophäenbrigaden; Hunderte, ja Tausende von deutschen Gemälden, Zeichnungen, Kupferstichen, Museumsobjekten, Archivalien, Akten in russischen Kellern, meist unsachgemäß gelagert, dem Verfall preisgegeben, aber auch Nachlässe deutscher Dichter von Polen geraubt, historische Dokumente, deutsche Kunstwerke in Krakau.

Alles das hatten sich die damalige Sowjetunion und die Volksrepublik Polen völkerrechtswidrig angeeignet. Sie geben es bis heute nicht heraus, obgleich sie sich nach der Wende vertrag-

lich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland dazu verpflichtet hatten. ...

Bisher glaubte man, nur die Sowjetunion und Polen hätten systematisch und von Staats wegen deutsche Kulturgüter geraubt. Die US-Amerikaner, die Briten und die Franzosen hingegen haben sich zurückgehalten. Zwar haben, was allgemein bekannt ist, einzelne Soldaten und Offiziere, ja, sogar nicht wenige Generäle der amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Deutschland Kunstgegenstände und andere Preziosen gestohlen, doch galt und gilt solche Handlung als Diebstahl und wird auch geahndet, wenn man den Tätern auf die Spur kommt.

Sollte die Entlastung der westlichen Siegerstaaten ein Märchen gewesen sein? Sollten die Amerikaner und mit ihnen andere Staaten Europas in Wahrheit bis heute streng getarnte Raubzüge unternommen haben, um deutsche Kulturgüter als Reparationsleistungen zu konfiszieren, was nach internationalem Völkerrecht strikt verboten ist?

In Deutschland findet man darüber kaum Veröffentlichungen. Da weht der Zufall eine britische Fachzeitschrift ... mit der Nummer 2/1998 auf den Schreibtisch, und man findet darin einen ausführlich und wohldokumentierten Beitrag des Oberkustos am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, Dr. Klaus Goldmann, aus dessen Feder schon manches Buch und mancher Sachkundige Aufsatz über Kunstraub stammt ...

Darin meldet der renommierte Wissenschaftler begründete Zweifel an der Behauptung an, daß Tausende von hochrangigen Ausstellungsstücken der Berliner Museen und Hunderte von Kunstwerken Berliner Galerien tatsächlich den Kriegsereignissen zum Opfer gefallen sind. Er meint, zahlreiche Indizien dafür zu haben, daß sie sich "in der westlichen Hemisphäre" befinden, wie er sich zurückhaltend ausdrückt. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 20. Januar 2001 (x887/...): >>Über Amerikaner spricht man nicht

Auch Westalliierte verletzten Haager Landkriegsordnung

Von den 3.500 archäologischen Fundstücken aus dem Museum für Vor- und Frühgeschichte, unersetzliche Dokumente der europäischen Geschichte, fanden die Sowjets in Kisten 1.500 im Flak-Turm, darunter der "Schatz von Troja", den Schliemann gefunden hatte und der heute in Rußland als "Beute" auf seine Rückkehr nach Deutschland wartet. Wo sind die übrigen 2.000 Objekte?

Die Skulpturen-Galerie vermittelte einen Überblick über die Bildhauerkunst vom 9. bis zum 19. Jahrhundert. Ein Teil davon ist tatsächlich, da nachweislich im Flak-Bunker, verbrannt, ein Teil wurde von der Sowjetunion an die DDR zurückgegeben. Die wichtigsten Skulpturen aber fehlen.

Die von Klaus Goldmann, Oberkustos am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, angeführten Verluste sind nur einige Beispiele aus der riesigen Anzahl von vermißten deutschen Kulturgütern. Die deutschen Museumsdirektoren haben sich bisher damit begnügt zu erklären, diese Objekte seien dem Krieg zum Opfer gefallen, wobei manche durchaus wissen dürften, daß das keineswegs für alle verschwundenen Stücke gilt.

Man weiß sehr wohl in Fachkreisen, in welchem Land man nach ihnen suchen müßte. Nur gilt es als politisch unkorrekt, gegenüber unseren Freunden in den USA solche Feststellungen öffentlich zu treffen. Die Reaktionen sind also ähnlich wie in der Zeit vor der Wende in der DDR, als es auch niemand wagen konnte, öffentlich zu erklären, welche immensen Kunstschätze von der UdSSR in Deutschland geraubt worden sind.

Während in der DDR tatsächlich ein Enthüller Leib und Leben, mindestens aber seine Existenz riskiert hätte, wäre ein altbundesrepublikanischer Museumsfachmann, der auf die USA als wahrscheinlichen Kunsträuber hinweist, zwar einem politischen Druck ausgesetzt, doch

brauchte er nicht zu befürchten, seine berufliche Position zu verlieren oder Schlimmeres zu gewärtigen. Trotzdem hält man lieber den Mund. Und eine Arbeit wie die hier referierte des Dr. Goldmann muß im Ausland erscheinen! ...

In seiner Eröffnungsrede am 8. Februar 1946 vor dem internationalen Militärtribunal von Nürnberg sagte der sowjetische Hauptankläger, daß nach Artikel 56 der Haager Landkriegsordnung von 1907 "jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung ... von Werken der Kunst und Wissenschaft" verboten sei und "geahndet werden" solle. Allerdings beschuldigte er zusammen mit seinem alliierten Kollegen nur Deutschland der Verstöße gegen diese Vorschrift. Zur selben Zeit raubten, wie jetzt bekannt geworden ist, nicht nur Stalins Armeen systematisch deutsche "Werke der Kunst und Wissenschaft".

Als im Mai 1945 die deutschen Streitkräfte kapitulierten, begann eine lebhaft Diskussions vor allem in den Vereinigten Staaten, ob man tatsächlich auf das Eigentum von Museen und von Privatleuten zum Zwecke der Reparationen zurückgreifen sollte.

Am 6.11.1945 traf in Verfolgung des Planes, Kunstwerke als Reparationsgüter zu beschlagnahmen, aus Washington beim Direktor der amerikanischen Sammelstelle für deutsche Kunstwerke und Wissenschaft in Wiesbaden, Capt. Walter Ings Farmer, der Befehl ein, unverzüglich 202 alte Meisterwerke aus dem Berliner Kaiser-Friedrich-Museum zusammenzupacken und in die USA zu schaffen, um sie "sicherzustellen".

Diese Gemälde gelangten tatsächlich in die USA, zunächst mit der klaren Zweckbestimmung, daß die USA sie sich aneignen wollten. Als das in der Öffentlichkeit bekannt wurde, behauptete man, es handele sich bei den Gemälden um "Nazi-Raubgut". Da aber wandten sich die meisten der in Europa eingesetzten amerikanischen Kunstschutzoffiziere in einem offenen Brief an die amerikanische Regierung, sich nicht des völkerrechtswidrigen Kunstraubes schuldig zu machen. Ihnen schlossen sich US-Politiker an, so daß unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den USA einige Jahre später alle Gemälde an Deutschland zurückgegeben wurden, nachdem sie in mehreren Städten in den Vereinigten Staaten ausgestellt worden waren.

Während des Krieges wie auch in den ersten Jahren nach Kriegsschluß beteiligten sich alle Siegermächte ernsthaft an den Verhandlungen über die Frage, ob man Kunstwerke und andere wertvolle Objekte der Kultur den Deutschen wegnehmen sollte als Kompensation für eigene Kriegsverluste an Kulturgütern, wobei sich die Frage aufdrängt, für welche Verluste die USA sich "entschädigen" wollten. Das Thema blieb auf der Tagesordnung des Alliierten Kontrollrates in Deutschland. Allerdings kam es zu keiner Einigung der Alliierten über die Art und Weise, wie diese Politik durchgesetzt und umgesetzt werden sollte.

Goldmann schließt seinen umfangreichen, in englischer Sprache gehaltenen Beitrag in einer britischen Fachzeitschrift mit den Sätzen: "Alles in allem erscheint es dem Autor dieses Aufsatzes außerordentlich bemerkenswert, daß die meisten dieser 'kulturellen Ziele' - gemeint sind die Kunstwerke, die als geplante Beute der Sieger auf den Restitutionslisten standen, die schon vor Abschluß des Krieges von allen Seiten auf Listen erfaßt worden waren, sofort in verschiedenen Kanälen verschwanden. Diese verschiedenen Wiedergutmachungskanäle sind geheim geblieben bis heute. Das bemerkenswerte Verschwinden und das Schicksal dieser in den meisten Fällen ebenso einmaligen wie kostbaren Werke ist ein Mysterium. Wer aber hält den Schlüssel zu den Schatzkammern in der Hand, die am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg bis unter das Dach gefüllt worden sind?"

Goldmann läßt durchblicken, daß die von ihm gefundenen Dokumente, daß Zeitungsberichte und daß Zeugenaussagen den begründeten Schluß zulassen, daß sofort nach dem Kriege US-Sondereinheiten die im Deutschen Reich vorhanden gewesenen kompletten Verzeichnisse der ausgelagerten Kunstwerke manipuliert haben. Dabei konnten sie der Hilfe von Direktorialbeamten der Berliner Museen sicher sein; gemeinsam veränderte man Bestandslisten, um zu

verhindern, daß mit Hilfe der Unterlagen die Sowjets sich der Kunstwerke usw. bemächtigten. Dabei dachten die Berliner Verantwortlichen, daß die Kunstwerke in amerikanischer Hand sicher wären. Als sie jedoch nach Übernahme durch die amerikanischen Truppen verschwanden, erklärten die amerikanischen Stellen, sie seien verbrannt oder zerstört.

Dazu Goldmann: "Damit aber waren die Objekte tot, und fortin suchte niemand mehr, auch nicht in amerikanischen Museumsmagazinen, wo sie erst nach hundert Jahren von 1945 an gerechnet gezeigt werden dürfen."

1985 brachte das Fernseh-Magazin "Report" einen Bericht über nach dem Krieg illegal in die USA verbrachten deutschen Kunstschatze. Reporter hatten einige der angeblich am Kriegsende vernichteten Kunstwerke in amerikanischen Museen aufgefunden gemacht. Im Bundestag stellte daraufhin die SPD-Abgeordnete Konstanze Wegner die Frage an die damalige Bundesregierung, welche Bemühungen sie unternommen habe, um diese auf völkerrechtswidrige Weise in die USA gelangten Kunstwerke nach Deutschland zurückzuholen.

Der Staatsminister Hoyer antwortete ausweichend und behauptete, die Fernsehsendung sei "einseitig, verkürzt und lückenhaft" gewesen. Er vertrat die Ansicht, die US-Regierung habe zu keinem Zeitpunkt "völkerrechtswidrige Beutepolitik" in Deutschland verfolgt. Goldmann kommentiert: "Diese Feststellung scheint nach den hier dargestellten Zusammenhängen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten zu entsprechen."

Es dürfte an der Zeit sein, die Bundesregierung zu fragen, was sie zu unternehmen gedenkt, um die völkerrechtswidrig auch in die USA gelangten deutschen Kulturgüter zurückzubekommen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juni 2007 (x887/...):

>>**Lehrreiche Lektüre für Träumer**

Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen

Vieles wissen die Zeitgenossen über Deutschland zur Zeit der nationalsozialistischen Regierung und die junge Bundesrepublik - vor allem alles über deren dunkle Seiten. Daß aber zwischen der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 und der Gründung der BRD sowie der DDR die Deutschen vier Jahre lang unter der Herrschaft von Militärregierungen der Sieger leben mußten, das ist weitgehend aus dem Bewußtsein verdrängt.

Kaum jemand weiß über die damaligen Lebensverhältnisse der Besiegten und über das Verhalten der Sieger Konkretes.

... Das erste, was sie unternahmen, war die Demontage der noch unzerstörten Reste der deutschen Industrie, so dem Geist des Morgenthau-Plans folgend, der allerdings offiziell nicht in Kraft gesetzt worden war. Deutschland sollte zerstört werden - weiter reichten die von wenig politischer Weisheit getragenen Absichten nicht.

Volker Koop berichtet, wie die US-Amerikaner nicht nur auf deutsche Patente, von denen sie 346.000 erbeuteten, Jagd machten, sondern auch auf Kunstschatze. So ließ die Militärregierung Hunderte von Gemälden aus deutschen Museen in die USA transportieren, die erst aufgrund von heftigen Protesten im Heimatland nach einigen Jahren zurückgegeben wurden. Rund 100 deutsche Wissenschaftler wurden in der "Operation Overcast" mehr oder weniger freiwillig in die USA gebracht, damit sie ihre Kenntnisse der US-amerikanischen Rüstung zugute kommen ließen.

Die Sieger hatten auf der Konferenz von Jalta beschlossen, Millionen deutscher Kriegsgefangener nach dem Sieg als Zwangsarbeiter zu deportieren. So überließen die US-Amerikaner 1,3 Millionen deutsche Kriegsgefangene den Franzosen, welche die meisten unter unmenschlichen Bedingungen in Bergwerken, beim Minenräumen und - da ging es ihnen noch am besten - in der Landwirtschaft einsetzten.

Insgesamt 7,8 Millionen deutsche Soldaten waren bei der Kapitulation den US-Amerikanern

in die Hände gefallen. Sie machte man rechtlos, indem man ihnen den Kriegsgefangenenstatus absprach und sie zu entwaffneten feindlichen Streitkräften erklärte. Dann war man nach dem Völkerrecht nicht mehr verpflichtet, sie zu verpflegen, ihnen Unterkunft und Bekleidung zu stellen und sie schnellstens zu entlassen.

So verreckten denn Tausende nicht nur auf den Rheinwiesen, sondern auch in anderen Lagern, in die sie zusammengetrieben wurden, ohne daß sie versorgt wurden. Und das nicht etwa, weil es Versorgungsschwierigkeiten gegeben hätte, sondern weil das der politische Wille der US-amerikanischen Führung war. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. September 2016 (x887/...): >>"Versteinertes Besatzungsrecht"

Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"

... Preußische Allgemeine Zeitung: Herr Bandulet, Sie sind ja ein richtiger Legenden-Killer: So schreiben Sie, daß die von Harry S. Truman aufgestellte Behauptung, die USA hätten keine Reparationen verlangt, unrichtig sei. Was stimmt also?

Bandulet: Die Behauptung ist nur insofern richtig, als die USA keine Reparationen "verlangt" haben - die Siegermächte haben sie sich einfach genommen. Der Unterschied zu Versailles bestand ja darin, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, sondern daß willkürlich und nach Gutdünken der Sieger geplündert wurde. Der Wert des geraubten Privateigentums, der Ostgebiete, der Zwangsexporte, der zwei Milliarden Arbeitsstunden der Kriegsgefangenen nach Kriegsende, der intellektuellen Reparationen und der Demontagen läßt sich objektiv nicht beziffern. Ich nenne aber Summen und überlasse es dem staunenden Leser, sich ein Urteil zu bilden. Mein Fazit lautet, daß nach 1945 weitaus mehr aus Deutschland herausgezogen wurde, als auf Grund des Versailler Vertrages an Reparationen geleistet wurde.

Preußische Allgemeine Zeitung: Bei den "intellektuellen Reparationen", wie Sie den Wissenstransfer nach 1945 aus Deutschland nennen, handelte es sich angeblich um den größten Wissenstransfer aller Zeiten. Können Sie ihn in dieser superlativen Dimension wirklich belegen?

Bandulet: Stellen Sie sich einmal vor, die USA würden besetzt und die Sieger ließen überall im Land Teams von Spezialisten ausschwärmen, die in Firmenzentralen, Fabriken und Forschungsinstitute eindringen, um sämtliche Betriebsgeheimnisse und den gesamten Stand der Forschung zu sichten und fortzuschaffen. Nichts anderes hat sich in Deutschland 1945 und danach abgespielt. Allein im Berliner Reichspatentamt wurden von den dort liegenden Patenten und Patentanmeldungen mehr als 17 Meilen auf Mikrofilm fotografiert. Nicht zu vergessen die Wissenschaftler, die mehr oder weniger freiwillig nach Amerika, Rußland, Frankreich und Großbritannien gingen. Die deutsche Technologie war in wichtigen Bereichen Weltspitze. Eine derart systematische Plünderung von Wissen hatte es nie zuvor gegeben. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>Deutschland läßt sich aussaugen

... Obwohl die Bundesrepublik 1990 mit der Wiedervereinigung völkerrechtlich souverän wurde, sind Überreste des Besatzungsrechtes nach wie vor in Kraft. Die berüchtigten UN-Feindstaatenklauseln wurden nicht gestrichen. Somit bleibt der Spielraum der deutschen Außenpolitik begrenzt. Die Regierung um den ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer und den Wirtschaftsminister Ludwig Erhard kämpfte noch um Souveränitätsgewinne. Auch aus den Reihen der SPD waren damals noch patriotische Töne zu hören. Im Laufe der Jahrzehnte verstummten diese Stimmen gänzlich. Bandulet zitiert in seinem Buch zustimmend den britischen Historiker Niall Ferguson, der die von Deutschland finanzierte Umverteilung in der EU ein "einvernehmliches System von Kriegsreparationen" nannte.

Immer wieder belegt Bandulet Einflußnahmen der US-Regierung auf die aktuellen Gescheh-

nisse in Europa. Beim Ausbruch der Griechenlandkrise im Jahr 2010 habe Bundeskanzlerin Merkel zunächst noch vorgehabt, sich an die Kriterien des Maastrichter Vertrags zu halten, der eine gemeinschaftliche Schuldenhaftung ablehne: "Dann klingelte das Telefon aus Washington, Merkel wurde von Präsident Obama bearbeitet - und fiel um. Seitdem läuft die vertragswidrige Euro-Rettungsmaschinerie."

Die Ausplünderung der Bundesrepublik geht weiter. Weil das Land, wie es Buchautor Bandulet belegt, zwar formaljuristisch "frei" sei, aber geistig-moralisch immer noch gefangen ist. "Die tonangebenden europäischen Eliten betreiben planmäßig eine Politik, die darauf hinausläuft, im Zeichen des Multikulturalismus die Homogenität der Nationalstaaten zu unterminieren." Die Abschaffung Deutschlands - das Hauptziel dieser Politik. Und alles mit deutschem Geld.

Bruno Bandulet: Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945. Kopp-Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 333 Seiten, 19,95 Euro<<

Schlußbemerkungen: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>Deutschland läßt sich aussaugen

Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere

Nicht Hitler war der Feind, sondern Deutschland. Nicht der Nationalsozialismus sollte zer schlagen werden, sondern Deutschland. Diese Schlußfolgerung zieht der renommierte Verleger und Autor Bruno Bandulet, der unlängst sein Buch "Beuteland. Die systematische Ausplünderung Deutschlands seit 1945" veröffentlicht hat. Der Bad Kissinger Wirtschaftsfachmann ist kein Lautsprecher und niemand, der sich bisher durch Verschwörungstheorien hervor getan hätte. Dementsprechend hält er sich an Fakten.

"Ich muß zugeben, daß die Arbeit an diesem Buch eine echte Entdeckungsreise war. Ich hätte mir nicht vorstellen können, wieviel die Siegermächte im Laufe der Zeit an Sachwerten, an geistigem Eigentum und an Finanzleistungen aus Deutschland herausgezogen haben", erklärt der Autor und benennt Tatsachen. Die Rechnung summiere sich ab 1945 bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre nach heutiger Kaufkraft auf etwa 1.000 Milliarden Euro.

Nach Kriegsende hatten regelrechte Plünderungen stattgefunden. Die deutschen Auslandsvermögen waren beschlagnahmt worden. Zudem gab es Zwangsexporte. Deutschland mußte für die Besatzungskosten aufkommen. Daß der Marshallplan Ursache des Wirtschaftswunders gewesen sei, wird bis heute behauptet. Bandulet verweist dies ins Reich der Fabel. Es sei nach Kriegsende nicht im Sinne der Besatzer gewesen, aus Deutschland ein wirtschaftlich florierendes Land zu machen.

Der Durchschnittsbürger ist nicht reich

Erst durch die Entzweiung der Alliierten hätten die westlichen Besatzungsmächte die Bundesrepublik als geopolitisch wichtiges Ziel erkannt. Dennoch habe man Deutschland bewußt "klein gehalten". Die seit 1945 gezahlten Reparationen in Kombination mit den Kosten der europäischen Transferunion übertreffen bei weitem die Zahlungen des Deutschen Reiches nach dem Versailler Vertrag. Die Nettoszahungen, die Deutschland seit der Wiedervereinigung kaufkraftbereinigt an die EU geleistet hat, übersteigen mittlerweile 250 Milliarden Euro. Die Rechnung für die Aufnahme von Afrikanern und Arabern ist nach oben hin offen: Bisher fehle es an seriösen Kalkulationen, was die Flüchtlingskrise kosten werde.

Nirgendwo wurden die Summen aufgelistet und bilanziert, die die Demontagen und Sachlieferungen verursacht haben, für die vor allem Sowjets und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gewesen waren. Bis heute existieren nur Schätzungen und grobe Berechnungen. Der größte Teil der Reparationen entfiel auf die Besatzungskosten, welche beispielsweise 1946 allein in den Westzonen 42 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmachten. Im Vergleich mit dem heutigen Steueraufkommen wären dies rund 270 Milliarden Euro.

In den ersten beiden Nachkriegsjahren sind rund 60 Prozent der deutschen Staatseinnahmen an die Besatzer abgetreten worden. Neben dem Staatsvermögen wurde auch Privatvermögen im In- und Ausland konfisziert. Es floß nicht nur Geld, auch Waren wurden transferiert. Reparationen, die einem unterlegenen Staat auferlegt werden, stehen im Einklang mit dem Völkerrecht. Die Enteignung privater Sachvermögen und Guthaben ist dagegen schlicht und ergreifend Diebstahl, macht Bandulet bewußt.

Im Laufe der Jahrzehnte habe sich das System der Transferleistungen verändert. Der Zwang der unmittelbaren Nachkriegszeit sei einem Prinzip der Freiwilligkeit gefolgt. Die D-Mark aufzugeben und die deutsche Bundesbank zu entmachten bezeichnet Bandulet als "größten Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte". ...<<